

# Krieg in der Ukraine **Zeitenwende**

Infos | Hintergründe | Meinungen

**Leitung und Mitarbeiter der Deutsch-Russischen Akademie Ruhr (DRA) blicken mit Entsetzen auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine. Wir distanzieren uns von jeglicher Rechtfertigung oder Verharmlosung dieses Bruchs des Völkerrechts.**

**Die DRA wurde 2015 gegründet, mit dem Ziel, den zivilgesellschaftlichen Dialog zwischen Deutschland und Russland zu fördern. Wir wollen menschliche und fachliche Beziehungen aufrecht erhalten, nicht wegen, sondern trotz Putin. Diese Arbeit werden wir fortsetzen, überzeugt davon, dass Austausch und Verständigung zwischen Menschen in beiden Ländern Brücken errichten, die stärker sind als Autoritarismus, Abschottung und Feindschaft.**

**Erich G. Fritz**

## Inhalt

Martina Plum: Die Ereignisse überholen sich	1
Klaus Wegener: Vorwort	3
WDR: Die Hintergründe kurz erklärt	4
Horst Kläuser: Warum noch schreiben?	10
Gerald Baars: Wechselhaftes Verhältnis zwischen USA und Ukraine	12
Erich G.Fritz: Putin macht Ernst.	
Putins Präsidentschaft – ein Weg der Gewalt	19
Begriffe zum russisch-ukrainischen Krieg	40

## Impressum

**Herausgeber:**  
Auslands-gesellschaft.de

**Redaktion:**  
Martina Plum

**Layout und Satz:**  
WHY! Agentur für Kommunikation und Wesentliches GmbH, Dortmund

Der Sprache und der Lesbarkeit wegen verzichten wir bewusst aufs Gendern. Selbstverständlich sind bei uns nicht nur alle Geschlechter gemeint, sondern auch genannt.  
Die Autorinnen und Autoren entscheiden selbst für ihre Texte, ob sie gendern.

## Die Ereignisse überholen sich

Kaum ist dieses Heft auf dem Markt, wird es längst veraltet sein aufgrund der zusätzlichen Geschehnissen, die dieser Krieg gegen die Ukraine mit sich bringt. Dennoch, eins ist gewiss: Putin kann gar nicht gewinnen, egal wie der Krieg, den er gegen die Ukraine vom Zaun gebrochen hat, ausgeht. Selbst wenn er das Land okkupiert. Er kann die Menschen nicht für sich gewinnen. „Gewinnen“ kann er nur noch, wenn er aufgibt.

Auch mehr als vier Wochen nach Beginn des Krieges bleibt die Frage, wie lange sich das Scheitern Putins noch hinziehen wird. Dieser Krieg hat nicht nur einen Gewinner, vielmehr sind es 40 Millionen Menschen. Es sind die Ukrainer selbst und es ist ihr Präsident Wolodymyr Selenskyj. Er ist es, der es genau auf den Punkt bringt: Er spricht von der Freiheit und der Unfreiheit, „die größer wird mit jeder Bombe, die auf uns fällt.“ Spätestens da geht es uns alle an. Denn die Menschen in der Ukraine sterben, fliehen, harren aus für die Freiheit, für unser aller Freiheit.

Eins ist sicher: Russland wird mit diesem Krieg vor allem viel verlieren. Wahrscheinlich lässt sich nur eine Nachkriegszeit verhandeln, bei der die russische Bedrohung auf Dauer eingedämmt wird.

### Zeitenwende:

Auch in der europäischen Union kehrt die Geopolitik zurück und zwingt sie, sich neu zu definieren. Eine Außenpolitik muss viel mehr sein als Erweiterungspolitik. Die Rückkehr der Machtpolitik verlangt Pragmatismus und Effizienz. Die geschlossen auftretende EU ärgert Putin sehr. Er hat es geschafft: Er hat die Europäer mehr zusammengeschweißt.

Die Resultate seiner nicht erreichten Ziele sind: Die NATO verdoppelt ihre Präsenz in Osteuropa, Selenskyj ist weiterhin Präsident, der hohe Blutzoll auf allen Seiten, die Isolation Russlands auf der Weltbühne.

Wahrheit im Krieg – das gibt es nicht. Sie ist immer die erste, die auf der Strecke bleibt. Was aber vor allem schal ist, ist der Gebrauch der Wörter: Putin spricht von der Entnazifizierung. Besonders perfide, wenn man weiß, das Selenskyj Jude ist und im Holocaust drei seiner Vorfahren von den Nazis ermordet wurden. Der Außenminister Sergej Lawrow bezeichnet die Sanktionen gegen sein Land als gesetzlos: „Sie haben uns einen echten hybriden Krieg erklärt, den totalen Krieg.“ Zur Erinnerung: Goebbels hatte mit diesen Worten im Sportpalast 1943 die Bevölkerung zum Durchhalten beschworen.

Putin droht dem Westen zum wiederholten Male mit „notwendiger Selbstreinigung der Gesellschaft“. Er sagt, wer nicht patriotisch sei, der sei Abschaum.

## Zeitenwende:

Seit zwei Jahren wissen wir, dass es sowas wie Normalität nicht gibt. Corona hat vor allem eins gelehrt: Wir sind raus aus der trügerischen Sicherheit, rein in die Wirklichkeit. Und dann noch ein Krieg mitten in Europa, ganz nah, direkt vor unserer Haustür. Wenn das jemand vor ein paar Jahren vorausgesagt hätte, wer hätte ihm geglaubt? Und jetzt ist es unsere Wahrheit. Mit der wir leben, an der wir lernen müssen. Wir müssen realisieren: Die Freiheit ist nicht umsonst.

Und andere fürchten seit dem 24. Februar noch viel mehr: Dass sie die nächsten sind. Über der Republik Moldau z.B. breitet sich eine schwarze Wolke aus und wird immer größer, ihr Schatten hinterlässt nur noch Angst und Schrecken. Das Transnistrien-Gebiet hat sich seit Anfang der 1990er von der Republik abgespalten. Ist es das nächste Gebiet das - ginge es nach Putin - „befreit werden muss“ ?

Kaum ist dieses Heft auf dem Markt, werden die Ereignisse sich längst überholt haben, werden wir von neuen Geschehnissen, die dieser Krieg hervorbringt, längst überrollt sein. Dennoch: Es ist wichtig, einmal innezuhalten und uns auseinanderzusetzen.

Erich G. Fritz, Vizepräsident der Auslandsgesellschaft.de, ist ein profunder Kenner, jemand der sich seit vielen Jahren mit Osteuropa beschäftigt. In seiner pointierten Schrift erklärt er, wie der Weg Putins zur Diktatur war.

Gerald Baars, langjähriger Leiter des Landesstudios in Dortmund und u.a. auch Korrespondent in den USA beleuchtet die Sicht der Amerikaner auf den Konflikt.

Und Horst Kläuser, ebenfalls ehemaliger WDR-Korrespondent in den USA und Moskau spricht vielen aus der Seele, wenn er fragt, ob wir nicht viel zu lange naiv, bequem und pazifistisch waren.

Die Auslandsgesellschaft selbst hat dem Geschehen eine ganze Reihe von Veranstaltungen gewidmet. Sie hat von jetzt auf gleich für 200 geflüchtete Menschen aus der Ukraine kostenlose Deutschkurse auf die Beine gestellt.

Gleichzeitig mit diesem Heft erscheint ein Serviceheft auf Ukrainisch, das das Leben (Wie funktioniert das mit der Arbeit, der Mobilität, der Gesundheit, der Bildung?) in Deutschland erklärt und Hilfestellung gibt. Genauso wie wir es schon einmal gemacht haben, als 2015 sehr viele Menschen aus Syrien zu uns geflohen sind.

In Krisen ist Pragmatismus gefragt. Vor allem, weil sich die Ereignisse schnell selbst überholen.

**Martina Plum**

## Völkerverständigung ist gefragt!

Wir erleben gerade einen völkerrechtswidrigen, grausamen Angriffskrieg mitten in unserem Europa. Nach fast 75 Jahren in Frieden, Freiheit und Wohlstand sehen wir uns einer Zeitenwende gegenüber, wie es Bundeskanzler Scholz genannt hat. Was brauchen wir jetzt? Die Antwort heißt „Völkerverständigung“. Nie war der Vereinszweck der Auslandsgesellschaft aktueller als heute: Völkerverständigung im Geiste von Humanität und Toleranz. Das ist unsere Aufgabe, unser Auftrag.

Wir werden dem gerecht. Seit jeher waren wir Brückenbauer zwischen Menschen und Kulturen. Der Krieg Russlands gegen die Ukraine stellt auch uns vor völlig neue Fragen. Erste Antworten haben wir bereits gegeben. Spontan haben wir uns dazu entschieden, kostenlose Deutschkurse für die ukrainischen Kriegsflüchtlinge anzubieten. Schon nach drei Tagen waren wir ausgebucht.

Wir helfen bei Übersetzungen, einer unserer Reiseleiter hat auf eigene Faust Hilfsgüter an die polnisch – ukrainische Grenze gebracht und auf dem Rückweg Flüchtlinge mitgebracht. Wir bringen ein umfangreiches Serviceheft heraus, das den hier ankommenden Flüchtlingen wertvolle Informationen für ihr Leben bei uns bietet. Erfahrungen aus der großen Flüchtlingswelle aus 2015 können wir hierbei nutzen.

Wir werden keine Brücken abbauen, sondern erhalten oder wiederaufbauen. Die Städtepartnerschaft zwischen Dortmund und Rostow am Don ist ein gutes Beispiel hierfür. Den Kontakt zu unseren Freunden dort werden wir nicht abbrechen. Der Feind heißt Putin und nicht das russische Volk. Daran sollten wir denken, bevor wir Vorurteile entwickeln. Gerade jetzt ist wahre Völkerverständigung gefragt !

**Klaus Wegener**

Präsident der Auslandsgesellschaft.de e.V.



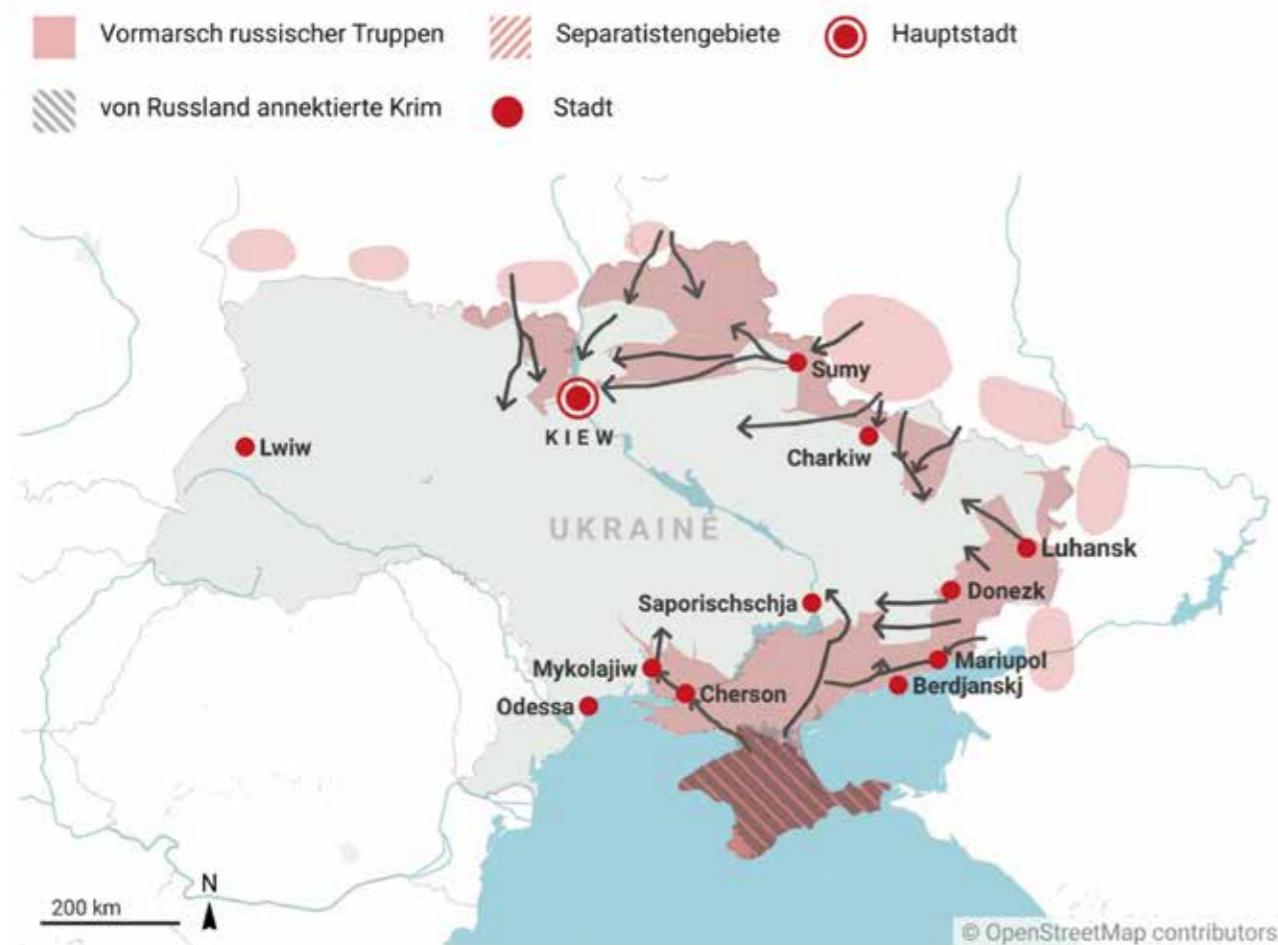
## Krieg in der Ukraine: Die Hintergründe kurz erklärt

Stand: 13.03.2022, 06:35 Uhr

Russland setzt seinen Angriffskrieg auf die Ukraine fort. Wie konnte es so weit kommen? Ein Überblick zu den Hintergründen.

Am 24. Februar startete Russland einen Großangriff auf die Ukraine. Ein Ende der Kampfhandlungen ist noch nicht abzusehen. Wie konnte

### Militärische Lage in der Ukraine



Quelle: WDR

es zu diesem Angriffskrieg kommen - mitten in Europa? Was hinter den aktuellen Entwicklungen steckt und wer welche Positionen vertritt, das zeigt der folgende Überblick.

### Welche jüngere Geschichte geht dem Krieg voraus?

Die Ukraine ist mit einer Fläche von 603.000 Quadratkilometern der größte Staat, dessen Grenzen vollständig in Europa liegen. Sie liegt eingeklemmt zwischen der EU-Ostgrenze (Polen, Slowakei, Ungarn, Rumänien) und Russland. Bis 1991 war die Ukraine eine von 15 Sowjetrepubliken - also ein Teil der damals riesigen Sowjetunion. Seit deren Auflösung sind die ehemaligen Sowjetrepubliken eigene Staaten.

Die Grafik zeigt eine Karte, auf der die Lage der Ukraine und ihre Entfernung zu Deutschland zu sehen ist - die Entfernung beträgt 700km

Estland, Litauen und Lettland gehören mittlerweile der EU und dem Militärbündnis NATO an - die Ukraine dagegen nicht. In die NATO will die Ukraine schon lange aufgenommen werden, sie ist bislang nur Partner-Staat. Ende Februar - kurz nach Beginn des russischen Angriffskriegs - gab die ukrainische Regierung bekannt, dass sie den Antrag auf EU-Beitritt gestellt habe.



Der Wunsch, EU-Mitglied zu werden, besteht bei einem großen Teil der ukrainischen Bevölkerung schon lange. 2013 kamen hunderttausende Menschen in Kiew zu den Maidan-Protesten zusammen und forderten einen Anschluss an die EU. Die Polizei schritt gewaltsam gegen die Demonstranten ein. Es entstand eine Massenbewegung, bei der im Februar 2014 mehr als 100 Demonstrierende getötet wurden.

In der Folge annektierte Russland die zur Ost-Ukraine gehörende Halbinsel Krim im Schwarzen Meer. Dadurch hat Russland völkerrechtliche Verträge gebrochen...

In der Folge annektierte Russland die zur Ost-Ukraine gehörende Halbinsel Krim im Schwarzen Meer. Dadurch hat Russland völkerrechtliche Verträge gebrochen, in denen die Achtung von Grenzen und die territoriale Integrität festgeschrieben ist.

Der Konflikt zwischen Russland und der Ukraine kommt seither nicht zur Ruhe. In der Nordost-Ukraine kämpfen ukrainische Soldaten seit fast acht Jahren gegen die von Russland ausgerüsteten "Separatisten". Um die Städte Donezk und Luhansk herum wurden 2014 zwei international nicht anerkannte "Republiken" ausgerufen. Am 21.02.2022, wenige Tage vor seinem Großangriff, hat Russland diese beiden "Republiken" anerkannt.

### Welche Haltung hat Russland?

Seit dem Frühjahr 2021 hat Russland seine militärische Präsenz entlang der ukrainischen Grenze massiv aufgerüstet. Tausende Soldaten wurden dort stationiert. Russland begründete diesen Schritt mit der Behauptung, die Ukraine plane eine Militäroffensive im Donezkbecken und habe dort ihrerseits Tausende Soldaten zusammengezogen. Am 24. Februar begannen russische Truppen, aus mehreren Richtungen in die Ukraine einzumarschieren und dort diverse Ziele anzugreifen.

Der russische Präsident Wladimir Putin hat seine Ziele und Forderungen als Bedingungen für ein Ende des Krieges immer wieder formuliert: Die Anerkennung der Krim als russisches Territorium, die Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden "Volksrepubliken" im Donbass und die Verankerung der Neutralität in der Verfassung der Ukraine. Damit verbunden, so Putins Worte, seien eine "Entnazifizierung" und "Entmilitarisierung" der Ukraine. Seiner Auffassung nach ist die derzeitige Regierung der Ukraine - unter dem jüdischen Präsidenten Wolodymyr Selenski - "faschistisch".

### Keine Belege für Genozid-Vorwurf

Eine weitere Behauptung Russlands, insbesondere von Präsident Putin, ist, dass im Osten der Ukraine ein Genozid an der russischen Minderheit verübt würde. Doch weder die OSZE noch die UN haben Hinweise auf einen Völkermord. Zwar zeigen Statistiken, dass im Donbass-Krieg mehr Zivilistinnen und Zivilisten auf der separatistisch kontrollierten Seite

sterben als auf der Regierungsseite. Fachleute erklären das aber mit der Wahl der Waffen: Während die Separatisten meist mit Scharfschützen gezielt feindliche Soldaten töten, sterben durch großkalibrige Geschütze der ukrainischen Armee häufiger Zivilistinnen und Zivilisten.

Gleichzeitig fordert Russland schon länger, dass das nordatlantische Verteidigungsbündnis NATO sich verpflichten soll, keine weiteren östlichen Staaten aufzunehmen. Die NATO soll außerdem militärische Handlungen auf dem Gebiet der Ukraine und anderer Staaten Osteuropas, des Südkaukasus und in Zentralasien unterlassen. Außerdem sollen beide Seiten, Russland und die NATO-Staaten, auf die Stationierung von Kurz- und Mittelstreckenraketen an Punkten verzichten, die für die Beteiligten eine Bedrohung darstellen können.

### Was wollen NATO und EU?

Schon vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine waren die Spannungen auch zwischen Russland und den Westmächten gestiegen. Die westliche Staatengemeinschaft warnte Russland vor einer Verletzung der Grenzen und rief immer wieder zur Deeskalation auf. Ein Grund, warum auch die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock (Grüne) und Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) mehrfach versucht hatten, zu vermitteln.

Die Annexion der Krim gilt bei den meisten westlichen Staaten bis heute als völkerrechtswidrig. Die Europäische Union und die USA verhängten damals Sanktionen in Form von Einreiseverboten und Kontensperrungen gegen russische und ukrainische Politiker und schränkten den Handel ein. Russland stoppte daraufhin die Einfuhr von Agrarprodukten aus der EU und den USA. Deutschland ist allerdings abhängig von russischen Gaslieferungen, die zurzeit rund 40 Prozent des deutschen Gasverbrauchs decken.

Großbritannien lieferte der Ukraine unterdessen weiter Waffen. Die Bundesregierung hat mittlerweile ihre Haltung geändert und schickt nun auch Waffen in die Ukraine. Laut Bundeskanzler Scholz soll es sich dabei um Panzerabwehrwaffen und Luftabwehrraketen handeln. Außerdem hat die Bundesregierung erlaubt, dass in Deutschland hergestellte Waffen, die jetzt in den Niederlanden und Estland sind, an die Ukraine weitergegeben werden.

Schon vor dem Einmarsch Russlands in die Ukraine waren die Spannungen auch zwischen Russland und den Westmächten gestiegen.

### Was ist gemeint, wenn vom "Bündnisfall" die Rede ist?

In ihrem Nordatlantikvertrag haben sich die Mitglieder der NATO 1949 auf 14 Punkte geeinigt. Darunter auch Artikel 5, der besagt, dass "ein bewaffneter Angriff gegen eines oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird". Jedes Bündnisland müsse dann helfen und die Maßnahmen ergreifen, "einschließlich der Anwendung von Waffengewalt", die es für erforderlich erachte. Dieses Prinzip wird auch als militärisches Verteidigungsbündnis bezeichnet.

Im Laufe der Jahre traten immer mehr Länder der NATO bei. Aber - ganz wichtig: Die Ukraine ist bislang kein NATO-Mitglied. Die bisherige NATO-Osterweiterung - zuletzt 2004 durch die Länder Bulgarien, Rumänien, die Slowakei, Slowenien, Estland, Lettland und Litauen, wurden von der russischen Führung immer wieder als Provokation kritisiert. Russland betonte mehrfach, dass die NATO einst eine Ausbreitung Richtung Osten ausgeschlossen hatte.

Protokolle früherer Verhandlungen zwischen Russland, Deutschland und der USA zeigen, dass die jeweiligen Staatslenker sich im Lauf der Zeit teils widersprachen, aber sie belegen auch Missverständnisse und Missinterpretationen.

Der Deutschlandfunk hat diese Protokolle akribisch dokumentiert und die Chronik der Verhandlungen in zwei Features dargestellt.

Unter anderem durch den "Bündnisfall" und das Wachstum der NATO kam es in der Geschichte immer wieder zum sogenannten "Gleichgewicht des Schreckens". Heißt: Unter anderem Kalter Krieg und Kuba-Krise mündeten nie in einer globalen, militärischen Auseinandersetzung - aus Furcht vor der jeweils anderen, großen Streitmacht.

### Auf welcher Seite steht die Ukraine selber?

Die Bevölkerung der Ukraine ist gespalten: in einen westlich orientierten oder stark nationalistischen und einen pro-russischen Teil. In den

Darunter auch Artikel 5, der besagt, dass "ein bewaffneter Angriff gegen eines oder mehrere von ihnen in Europa oder Nordamerika als ein Angriff gegen sie alle angesehen werden wird".

ostukrainischen Städten Donezk und Lugansk haben die Menschen bei einem umstrittenen Referendum für die Abspaltung von der Ukraine abgestimmt. Auch bei der Annexion der Krim stimmte eine Mehrheit für den Anschluss an Russland. In anderen Landesteilen dagegen gibt es starke anti-russische Bewegungen.

Im Osten der Ukraine kommt es seit Jahren zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern. Besonders um die Städte Lugansk, Odessa, Charkow, Slowjansk und Donezk bekämpften sich ukrainische Militärs und pro-russische Separatisten. Der Konflikt hat über Jahre viele Tote und Verletzte gefordert, die Lebensbedingungen der Einwohner in den ostukrainischen Großstädten Lugansk und Donezk haben sich dramatisch verschlechtert.

Die ukrainische Staatsführung forderte immer vehementer die Aufnahme in einen sogenannten Membership Action Plan der NATO, eine Art Vorstufe zur Mitgliedschaft.

### Welche Rolle spielt dabei das Völkerrecht?

Die humanitäre Lage in der Ukraine also hat sich in den vergangenen Jahren immer weiter verschlechtert. Im Zuge der Spannungen im Land und der Konflikte mit Russland ist deshalb immer wieder die Rede von der "Verletzung der Völkerrechte". Dabei handelt es sich um eine Rechtsordnung, nach der sich alle Staaten der Welt zu richten haben. Ein wichtiger Bestandteil etwa ist die Menschenrechtserklärung, nach der alle Menschen gleich und frei sind.

Basis für die Rechtsordnung ist die Charta der Vereinten Nationen (UN). Der UN gehören 193 Staaten an, darunter auch Russland und die Ukraine. Verstößt ein Staat gegen das Völkerrecht, können Sanktionen verhängt werden.

Wichtig zu wissen: Staaten, die das Völkerrecht anerkennen, ist es verboten, einen anderen Staat mit kriegerischen Mitteln anzugreifen.

Im Osten der Ukraine kommt es seit Jahren zu gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Lagern. Besonders um die Städte Lugansk, Odessa, Charkow, Slowjansk und Donezk bekämpften sich ukrainische Militärs und pro-russische Separatisten.

## Warum noch schreiben?

Warum noch empören?

Warum noch Frieden fordern?

Hätte man es ernst gemeint und nicht Angst (sorry!) vor "ukrainischen Gangstern und Nutten" gehabt, die Furcht vor großen "Nazi-Bataillonen" und Oligarchen geschürt, die Visumsfreiheit sofort eingeführt, könnte die Ukraine längst EU-Mitglied sein, mit allen Pflichten und Rechten.

"Predigen" wir "Guten" nicht immer wieder zu denselben, blasen uns Schmerz, Trauer und Wut in die Hirne und sind doch machtlos.

Wir, ich jedenfalls, schämen uns, nicht früher, nicht stärker den Brüdern und Schwestern (ja, das sind sie, die europäischen Menschen in der Ukraine) geholfen zu haben.

Ich stehe nicht im Verdacht, Putin je geglaubt, ihm auf den Leim gegangen zu sein, aber ich bin halt Deutscher, gehöre zu einem Land, das viel zu lange, naiv und, ja, bequem, pazifistisch zur Seite geschaut hat.

Also trage auch ich als deutscher Europäer Verantwortung.

2004 / 2005 argumentierte ich eindringlich, man möge das Gespann Juschtschenko / Timoschenko nicht nur stolz durch die westlichen Parlamente schicken und ihnen wohlfeile, verbale Anerkennung zollen, sondern der Ukraine belastbare Perspektiven für einen EU-Beitritt geben.

2004. Das war vor 18 Jahren.

Hätte man es ernst gemeint und nicht Angst (sorry!) vor "ukrainischen Gangstern und Nutten" gehabt, die Furcht vor großen "Nazi-Bataillonen" und Oligarchen geschürt, die Visumsfreiheit sofort eingeführt, könnte die Ukraine längst EU-Mitglied sein, mit allen Pflichten und Rechten. 18 Jahre wurden verschlafen und selbst die zweite Chance 2014 führte nur zu verkorksten Sanktionen und braven Bla-bla-Geschwafel. Und nein, es war nicht "die Merkel" allein, es war die deutsche Politik im feigen Schulterchluss mit der EU.

Ein EU-Mitglied hätte Putin nie angegriffen.

Wir alle haben es vergeigt.

Und jetzt? Schreiben, bangen, flehen, verhandeln?

Verhandeln, mit wem, auf welcher Grundlage, dem Völkerrecht etwa, das der Kreml brutal mit Füßen tritt?

Stattdessen sammeln wir Windeln und Mehl, Geld und Katzenfutter, packen Bananenkartons und verstauen sie in Transportern. Ab nach Polen, auf nach Lemberg. Rührend. Nicht mehr.

Traurige Hilflosigkeit angesichts von Bomben, die in einer Sekunde mehr zerstören, als ganz Deutschland in einer Woche an Spenden sammelt.

Ich könnte vor Scham im Boden versinken und sehe doch, dass die Solidarität mit den Menschen in der Ukraine letztlich uns selbst als Seelenpflaster dient.

Ich habe nicht mehr die Tränen zum heulen.

Von **Horst Kläuser**, veröffentlicht am So, 20. März 2022, Facebook

**Horst Kläuser** (66) begann 1974 als Journalist beim Remscheider Generalanzeiger. Ab 1977 arbeitete er studienbegleitend beim WDR in Wuppertal, Münster und Köln. Von 1982 war Kläuser Reporter, Redakteur im WDR-Hörfunk, Moderator von Morgenmagazin, Mittagsmagazin und Weltzeit, dann als Redaktionsleiter bei WDR 2, bevor er 1996 zunächst als Hörfunkkorrespondent für die USA nach Washington und dann - 2002 bis 2008 - als ARD-Korrespondent nach Moskau entsandt wurde. Er berichtete über die "orangefarbene" Revolution in Kiew 2004 und die nachfolgenden prowestlichen Proteste in der Ukraine von 2013 bis 2017. Ende 2019 schloss Kläuser seine Tätigkeit für den WDR als Korrespondent im ARD-Hauptstadtstudio Berlin ab. Er lebt mit seiner Frau in Remscheid und engagiert sich ehrenamtlich und als Gastgeber einer Talkshow.



Traurige Hilflosigkeit angesichts von Bomben, die in einer Sekunde mehr zerstören, als ganz Deutschland in einer Woche an Spenden sammelt.

## Wechselhaftes Verhältnis zwischen USA und Ukraine

»Russland ist Teil der europäischen Kultur.«

September 2001 – ein Rückblick: Vladimir Putin spricht vor dem deutschen Bundestag in fehlerfreiem Deutsch: „Russland ist Teil der europäischen Kultur.“ Die NATO könne er sich nicht als Feind vorstellen. Sogar einen Beitritt schloss er nicht aus. Kurz zuvor hatte er im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen die Anschläge vom 11. September verurteilt und gemeinsam mit allen anderen Nationen den Militäreinsatz in Afghanistan gebilligt. Er stellte sogar russische Militärstützpunkte in Zentralasien den Amerikanern für ihren Afghanistan-Feldzug zur Verfügung. Putin war damals gerade gut ein Jahr im Amt und galt als Hoffnungsträger eines neuen Russlands. Der damalige US-Präsident Georg W. Bush hatte zu der Zeit aber eine andere Agenda als die Osteuropa-Politik. Im Januar 2002 hielt er seine Rede zur Lage der Nation vor dem Kongress, in der er eine „Achse des Bösen“ definierte, die den Frieden in der Welt bedrohe. Zu den „Schurkenstaaten“ zählte er Afghanistan, Irak, Iran und Nord-Korea. Die beiden letzteren begannen daraufhin, ein Atomwaffenprogramm zu forcieren. Afghanistan war bereits besetzt. Dem Irak unterstellte Bush den Besitz von Massenvernichtungswaffen. Im Oktober erhielt er die Zustimmung des Kongresses für einen „Präventionsschlag“ gegen Saddam Husseins Regime. Eine Zustimmung des Sicherheitsrates erhielt er dafür nicht. UN-Waffeninspekteur Blix war allen Hinweisen nachgegangen und hatte mit seinem Team keine biologischen oder chemischen Waffen gefunden. UN Generalsekretär Kofi Annan bezeichnete einen Krieg gegen den Irak als völkerrechtswidrig, und Vladimir Putin trat im Schulterschluss mit dem französischen Präsidenten Jacques Chirac und Bundeskanzler Gerhard Schröder in New York demonstrativ gemeinsam auf, um diesen Krieg zu verhindern. Vergeblich, aber die westliche Allianz war damit gespalten.

Bushs Verteidigungsminister Rumsfeld sprach abfällig von „Old Europe“ und kündigte die Aufstellung moderner Abwehrraketen in Polen an, angeblich zum Schutz vor Angriffen aus dem Iran. Putin empfand dies als Bedrohung. Zu dieser Zeit sprudelten die russischen Einnahmen aus dem Verkauf von Öl und Gas. Noch mit Schröder hatte er 2005 den Bau der profitablen Ostsee-Pipeline vereinbart. Im eigenen Land war er wegen dieses wirtschaftlichen Aufschwungs beliebt und unangreifbar. Seine Wiederwahl 2004 fiel überzeugend aus. Die NATO empfand er aber zunehmend als Bedrohung. „Die Garantien, die uns gegeben wurden, wurden nicht eingehalten,“ beklagte er 2007 auf der Münchener Sicherheitskonferenz. Den USA warf er vor, „eine monopolare Welt-herrschaft“ anzustreben. Inzwischen waren zehn ehemalige Warschauer Pakt-Staaten in die NATO aufgenommen worden. Er erinnerte daran, dass Gorbatschow den Zwei plus Vier-Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung nur insoweit zugestimmt hatte, dass Deutschland in der NATO bleiben könne, aber keine NATO-Truppen in Ostdeutschland stationiert werden dürfen. US Präsident Bill Clinton hatte daher auch jahrelang eine Osterweiterung der NATO abgelehnt und erst 1999 dem Druck der republikanischen Mehrheit im Kongress stattgegeben, Polen, Ungarn und Tschechien aufzunehmen. Unter Präsident Bush folgten 2004 dann sieben weitere Anrainer Russlands, die drei baltischen Staaten, Bulgarien, Rumänien, die Slowakei und Slowenien. Anfangs reagierte Putin darauf noch dezent ablehnend. Als aber auch noch Georgien und die Ukraine der NATO beitreten wollten, intervenierte er massiv. Georgiens Präsident Michail Saakaschwili drohte er nicht nur mit einer „Spirale der Konfrontation“, sondern begann 2008 den Kaukasus-Krieg, der mit der Abspaltung Südossetiens und Abchasiens endete. In der Ukraine begann er nach der orangenen Revolution 2004 die Regierung von Wiktor Juschtschenko zu destabilisieren, pochte auf das Recht des russischen Marine-Stützpunkts Sewastopol und die Rechte der russischsprachigen Minderheit. 2010 wurde Wiktor Janukowitsch zum Präsidenten gewählt. Er galt als Russland freundlich, und Putin hatte zu-



Gerald Baars

Den USA warf er vor, „eine monopolare Welt-herrschaft“ anzustreben. Inzwischen waren zehn ehemalige Warschauer Pakt-Staaten in die NATO aufgenommen worden.



Nur nach der Annexion der Krim machte Obama offensichtlich einen gravierenden Fehler: Er nannte Russland eine Regionalmacht

nächst sein Ziel erreicht und gab erst einmal Ruhe. Als Janukowitsch aber ein vorbereitetes EU-Assoziierungsabkommen vom Tisch fegte, gingen Hunderttausende von Menschen auf die Straße. Der Euro-Maidan 2014 führte zur Flucht des Präsidenten nach Russland und zu seiner Absetzung. Putin unterstützte daraufhin massiv russische Separatisten im Donbas und annektierte die Krim.

Seit 2009 war Barack Obama amerikanischer Präsident. Auf seiner Agenda stand nach dem Irak-Krieg zunächst die Versöhnung mit der muslimischen Welt. Viel beachtet war seine Aussage: „Ich bin nicht gegen alle Kriege. Ich bin gegen dumme Kriege.“ Das erste Interview im Amt gab er dem arabischen Sender al-Arabiya, Seine erste große Rede hielt er im Kuppelsaal der Universität Kairo und streckte der arabischen Welt dort die Hand zur Versöhnung aus. Unter anderem sprach er sich für die Aufnahme der Türkei in die Europäische Union aus. Ein weiteres Ziel von ihm war eine Welt ohne Atomwaffen. Mit dem damaligen russischen Präsidenten Medwedjew unterzeichnete er das START-Abkommen zur Reduzierung strategischer Atomwaffen, verzichtete auf die von seinem Vorgänger geplante Aufstellung von Raketen in Polen, und der Sicherheitsrat verabschiedete unter seiner Leitung eine Resolution, die einstimmig angenommen wurde und das Ziel hatte, „eine Welt ohne Atomwaffen zu schaffen.“ Es folgten das Verbot von Streubomben, der Verzicht auf den Einsatz von Landminen, die Verhandlungen mit dem Iran zur internationalen Kontrolle der Urananreicherung. Und als erster US-Präsident besuchte er Hiroshima.

Nur nach der Annexion der Krim machte Obama offensichtlich einen gravierenden Fehler: Er nannte Russland eine Regionalmacht. Das Land bedrohe seine unmittelbaren Nachbarn, erklärte er im niederländischen Den Haag beim Gipfel zur Atomsicherheit. Das Verhalten Moskaus resultiere jedoch "nicht aus Stärke, sondern aus Schwäche". Mit dem "militärischen Vordringen" auf die Krim habe Moskau das Völkerrecht gebrochen. Dies zeige aber, dass Moskau inzwischen "weniger und nicht mehr Einfluss" habe. Obama wollte damit wohl eine weitere Eskalation

vermeiden. Putin aber fühlte sich nicht ernst genommen und gedemütigt. 2015 zeigte er deshalb in Syrien, dass er den Weltmacht-Anspruch nicht aufgegeben hat. Dem Diktator Assad verhalf er, an der Macht zu bleiben. Syrien wurde zum russischen Protektorat. Und Russland wurde zum wichtigen Faktor im Nahen Osten. "Das schlimmste Ergebnis dieses Krieges ist, dass niemand zur Rechenschaft gezogen wurde. Es geschah nichts auf der internationalen Ebene, auf der Ebene des Sicherheitsrats", beklagte damals Diana Semaan von Amnesty International. Wohl auch deshalb habe sich Putin ermuntert gefühlt, neue Kriege zu wagen. Und Ali Abdel aus Idlib, ein einfacher Bauer, der sein Bein im Krieg verloren hatte, äußerte sich im ARD-Weltspiegel prophetisch. Er fürchtete auch das Schlimmste für die Ukraine: "Der Ukraine wird es so gehen wie Syrien, denn die Russen kennen keine Gnade", sagte er. "Wenn sie entschlossen sind, ein Ziel zu bombardieren, dann wird es dem Erdboden gleichgemacht. Wenn der Ukraine dasselbe widerfährt wie Syrien, sieht es schlecht aus."

Putin hatte zu dieser Zeit auch seinen hybriden Krieg gegen den Westen begonnen. Sein Ziel war, die demokratische Welt zu schwächen. Mit Geld und Propaganda, bewussten Falsch-Informationen und Social Media Bots unterstützte er Rechts-Extremisten, Separatisten und Verschwörungstheoretiker, wie den Front National in Frankreich, die Brexit-Partei UKIP in Großbritannien, die FPÖ in Österreich oder die AFD in Deutschland. Vor allem nahm er Einfluss auf die US-Wahlen im November 2016. Das Ergebnis einer Untersuchungskommission fasste Donald Trumps ehemaliger Sicherheitsberater McMaster erstaunlich klar zusammen. Die Belege für Russlands Einmischung in den Wahlkampf seien „wirklich unbestreitbar“. Trumps Wahlsieg war für Putin ein großer Erfolg. Denn Trump hatte die NATO schon im Wahlkampf als „obsolet“ bezeichnet und biederte sich bei Putin an, den er als starken „Leader“ bezeichnete. Zur Annexion der Krim hatte er erklärt, er habe gehört, dass die Menschen auf der Krim lieber bei Russland sein wollten. Sein erster Sicherheitsberater Michael Flynn musste bereits drei Wochen nach Amtsantritt zurücktreten, weil er sich mehrfach im Wahlkampf mit rus-

Putin hatte zu dieser Zeit auch seinen hybriden Krieg gegen den Westen begonnen. Sein Ziel war, die demokratische Welt zu schwächen.

Doch Trump schenkte seinen eigenen Geheimdiensten weniger Glauben als seinem Freund Vladimir. Viele US Medien spekulierten anschließend darüber, was Putin wohl gegen Trump in der Hand habe.

sischen Regierungsvertretern getroffen hatte, Zahlungen von ihnen empfangen und diese nicht offengelegt hatte. Trump bestritt alles, sein Team sei vielleicht infiltriert worden, er habe aber nichts damit zu tun. Dennoch versuchte er weitere Ermittlungen des FBI zu unterbinden, entließ sogar den FBI-Direktor Comey und empfing direkt danach den russischen Außenminister Lawrow und seinen Botschafter in den USA und gab ihnen geheimdienstliche Verschlusssachen preis, angeblich aus humanitären Gründen zur Terrorismus-Bekämpfung. Besonders irritierend war sein anbiederndes Verhalten beim Gipfeltreffen mit Putin in Helsinki im Juli 2018. Nur drei Tage vor dem Treffen hatte der amerikanische Sonderermittler Robert Mueller zwölf russische Geheimdienstmitarbeiter wegen Hacker-Angriffen im Wahlkampf angeklagt. Doch Trump schenkte seinen eigenen Geheimdiensten weniger Glauben als seinem Freund Vladimir. Viele US Medien spekulierten anschließend darüber, was Putin wohl gegen Trump in der Hand habe. Trump habe seinen Führungsoffizier in Helsinki getroffen, schrieb sogar ein Kommentator. Trumps Außenpolitik blieb erratisch: sein brüskes Verhalten gegenüber den europäischen Verbündeten, seine drei ergebnislosen Treffen mit dem nordkoreanischen Diktator Kim Jong-un, der Ausstieg aus dem Kyoto-Klimaschutzabkommen, die Kündigung des Nuklearvertrages mit dem Iran, die Anerkennung von Jerusalem als israelische Hauptstadt, verbunden mit massiven Waffenlieferungen an Saudi-Arabien. Schließlich stoppte er vor seiner angestrebten Wiederwahl die vom Kongress verabschiedete Militärhilfe für die Ukraine und bedrängte den ukrainischen Präsidenten Selenskyj, Ermittlungen gegen Hunter Biden aufzunehmen, den Sohn seines Herausforderers, der zwei Jahre bei einem ukrainischen Unternehmen gearbeitet hatte. Das Telefongespräch vom 25. Juli 2019 wurde von einem CIA-Mitarbeiter als missbräuchlich empfunden und bei seiner Dienstaufsicht gemeldet. Denn Trump habe ein „quid pro quo“ verlangt. Belastendes Material gegen Militärhilfe. Dies führte zum ersten Amtsenthebungsverfahren gegen Trump. Ukraines Präsident Selenskyj selbst gab sich damals diplomatisch: „Ich gebe Dir das, Du gibst mir das. So etwas geht mir völlig ab... Wenn Ihr unsere strategischen

Partner seid, dann solltet Ihr keine Hilfe blockieren.“ Im Übrigen stellte ein ukrainischer Ermittler, der schon länger Korruptionsvorwürfen beim Arbeitgeber von Hunter Biden nachging, fest: Gegen Joe und Hunter Biden liege in der Ukraine nichts vor.

Trump verlor die Wahl, und Putin begann gleich danach offensichtlich seine Planung für die syrische Blaupause in der Ukraine. Denn mit der Wahl von Biden war sein Versuch einer wirksamen Spaltung der westlichen Allianz offensichtlich gescheitert, und eine weitere Annäherung Selenskyjs und der Ukraine an NATO und EU drohte. Das aber wollte Putin auf keinen Fall zulassen. Auf zahlreiche diplomatische Gesprächsangebote ging er nicht mehr ein. Sein Plan stand offensichtlich schon lange fest: die bedingungslose Unterwerfung der Ukraine.

Auf zahlreiche diplomatische Gesprächsangebote ging er nicht mehr ein. Sein Plan stand offensichtlich schon lange fest: die bedingungslose Unterwerfung der Ukraine.

**Gerald Baars, geb.1953,**

über 40 Jahre Journalist im WDR, u.a. Kommentarmedaktion, Gründungschef ILive, stv. Hörfunkdirektor, Leiter WDR Studio Dortmund, Leiter ARD Studio New York.  
Ehrenamtlich Leiter der Deutsch-Amerikanischen Gesellschaft in der Auslands-gesellschaft.de e.V.



Foto: Eberhard Sinner

## Restauration des Imperiums

### Putin macht Ernst.

#### Putins Präsidentschaft – ein Weg der Gewalt

##### Eine Vorrede

Das Bild zeigt einen Ausschnitt aus einer anderen Zeit, als es noch möglich war, als Zeichen gemeinsamer europäischer Werte am Ufer der Wolga vor tausenden von jungen Menschen nach dem Singen der Ode an die Freude der Stadt Wolgograd die Europafahne als Anerkennung des Europarates zu verleihen. Die leidgeprüfte Stadt schloss als erste Stadt überhaupt eine Städtepartnerschaft ab, mit der Stadt Coventry, die das erste englische Opfer des Bombenkrieges der Nazis wurde, später wurden auch Köln und Hiroshima Partner.

Frieden als Voraussetzung für das Leben der Menschen ist sichtbare Notwendigkeit und die Stadt versteht sich als „Zentrum der Volksdiplomatie“ für Frieden. Man möchte meinen, dass diese Stadt nicht zusehen kann, wenn wieder Städte durch Kriegshandlungen zerstört werden.

Aber ich höre aus Wolgograd nur beredtes Schweigen.

## Putin und der Zusammenbruch der UdSSR

Zu Beginn seiner Karriere an der Staatsspitze der Russischen Föderation gab Putin noch Interviews mit großer Offenheit.

Zu Beginn seiner Karriere an der Staatsspitze der Russischen Föderation gab Putin noch Interviews mit großer Offenheit. Daraus ist mir besonders gut in Erinnerung, dass er davon erzählte, wie er den Mauerfall in der DDR erlebt hat. Damals spürte er schmerzlich den offensichtlichen Einfluss-Verlust der Sowjetunion und beklagte: „Aber Moskau schwieg.“ Den Zerfall der Sowjetunion hat er später als die „größte geopolitische Katastrophe des 20. Jahrhunderts“ bezeichnet. Beide Aussagen gehören zum Ursprung der Erzählung, die Putin der Welt heute anbietet. Seine Konsequenz ist, Russland müsse nicht nur zu alter Rolle und Anerkennung zurückkehren sondern auch die tatsächliche Macht gewinnen, die „nahe Nachbarschaft“ zu beherrschen. Gemeint ist das Gebiet der alten Sowjetunion. Der Autokrat im Kreml, der immer jeden Versuch eines Regime-Wechsels von innen oder außen als Gefährdung ansah, betreibt nun selbst in der Ukraine eben dieses Ziel.

### Putin der »Retter«

Putin hat auch einmal gesagt, wer den Untergang der Sowjetunion nicht bedaure, der habe kein Herz. Wer sie wieder haben wolle, der habe keinen Verstand. Tatsächlich hat er in seiner ersten Präsidentschaft durchaus positive Ansätze verfolgt. Die meisten Bewohner der Russischen Föderation waren froh, dass die Chaos-Jahre, die hemmungslose Ausbeutung der Reichtümer des Landes zum Vorteil weniger Neu-Kapitalisten, die Herrschaft krimineller Vereinigungen und die Rechtlosigkeit der Bürger zu Ende zu sein schienen. Die meisten wollten ein freies Land, in dem Ordnung herrscht und in dem der Einzelne seine eigenen Lebensziele verfolgen kann. Dass Putin die Oligarchen in die Schranken wies, galt vielen als gutes Zeichen. Demokratie kam in Verruf durch die ungehemmte Kleptokratie, die Hoffnung auf das Recht blieb. Putin selbst versprach eine „Diktatur des Rechts“. Zumindest den ersten Teil des Zitats hat er gehalten.

Putin hat das Land so umgestaltet, dass alle Bereiche, die die politische Macht tangierten, unter Kontrolle von Regierung, Staat und Ordnungskräften kamen. Das galt für die Verwaltung der Regionen, für die Medienlandschaft, für die Verfügungsgewalt über die Rohstoffe, für die

Kontrolle der Nicht-Regierungsorganisationen und für die Besetzung der Verfassungsorgane, die ihre Selbstständigkeit verloren. Es galt aber auch für die Rechtsprechung, so dass nicht nur die Demokratie sondern auch der Rechtsstaat bald für die normalen Russen verloren war.

Dafür schien lange der Lebensstandard zu steigen. Und der Staat versprach, den Menschen nicht bis in sein Privatleben kontrollieren zu wollen, wie es die Sowjetunion getan hatte. Auch sollten die privaten Unternehmungen nicht beeinträchtigt werden. Von der Unternehmensgründung bis zur Auswanderung stand ein großes Freiheitspotenzial zur Verfügung, soweit es die allumfassende Macht des Präsidenten und der Zentralen Machtorgane nicht gefährdete.

Wladimir Putin hatte in dieser Vorgehensweise lange Zeit die bekennde oder zumindest stille Zustimmung einer Mehrheit der Bevölkerung, insbesondere dadurch, dass der Präsident historische Symbole für sich nutzte und die Orthodoxe Kirche seinen Kurs unterstützte.

### Vom »lupenreinen Demokraten« zum Diktator

Sowohl die Inhalte wie die Vorgehensweise des Regimes Putin änderten sich schon vor seiner vierten Wahl 2018. Der vollständige Durchgriff des Präsidenten auf das besser ausgestattete Militär, die reorganisierten und machtvoll weiterentwickelten Geheimdienste, die fast vollständig abhängige Presse, die durch Gunst und Drohung loyale Wirtschaftselite und die den Machtwillen abnickende Duma nebst eines wirkungsvollen Polizeiapparates veränderte die gelenkte Demokratie zu einer die Freiheit erwürgenden Autokratie. Die fast grenzenlose Bereicherung der Eliten und die Unterdrückung, Verunglimpfung und Verfolgung von Opposition und Zivilgesellschaft ergänzen das Bild der Veränderung in Russland.

### Zurück zu Russland Größe und Macht

Die Verwendung der Insignien des Zarenreiches und der Sowjetunion, eine verstärkte und ganz neu verfälschte Erzählung über die russische Geschichte und die Rede von der Ehre und Macht Russlands veränderten die gefühlsmäßige Lage des Landes und die Möglichkeit des Dialoges mit russischen Partnern, die durchaus verunsichert waren, was denn nun gelten sollte. Weltoffene Kontakte um erfolgreich zu werden und die Wirtschaft zu modernisieren oder eine neue „Erinnerungskultur“, in der

Die fast grenzenlose Bereicherung der Eliten und die Unterdrückung, Verunglimpfung und Verfolgung von Opposition und Zivilgesellschaft ergänzen das Bild der Veränderung in Russland.

Der Text entstand aus einer aktuellen Fragestellung in der Zeit vom 20.-25. 2. 2022. Was hat den Präsidenten der Russischen Föderation ermutigt, zum Anfang des Jahres jeden Anschein von Rechtsbewusstsein und der Achtung völkerrechtlicher Regeln fallen zu lassen? Der Text gibt die Erfahrungen des Autors wieder und ist keine auf Vollständigkeit zielende Analyse.

Diese Fehleinschätzung hing mit anderen Prioritäten im Westen zusammen, wo Finanzkrise, Eurokrise, neuer Nationalismus und Populismus und „America-First-Politik“ die Aufmerksamkeit schwächte.

dem Vaterland zuliebe Opfer gebracht werden müssen. Sollte die Auseinandersetzung mit der Stalinzeit nun zu einer wahrheitsgemäßen Aufarbeitung seiner Verbrechen führen oder sollte man ihn wieder auf die Sockel heben und die Heldenverehrung neu starten? War Memorials Arbeit verdienstvoll oder gefährlich für das System?

Die hier angesprochenen Punkte korrelieren mit den außenpolitischen Veränderungen und dem Verhalten gegenüber den westlichen Partnern, die in der kurzen Zeit der Präsidentschaft Dmitri Medwedew noch an eine Modernisierungspartnerschaft mit Russland geglaubt hatten. Ab 2012 aber brauchte Putin für seinen Anspruch auf eine neue Weltgeltung und Anerkennung der Weltmachtrolle Russlands eine andere Erzählung für sein Volk. Diese Erzählung wird verbunden mit einer neuen visuellen Machtentfaltung des Präsidenten und der Aufnahme alter Rituale, wird kontrastiert mit den tatsächlich festzustellenden Abwertungen aus den USA – Obama nannte Russland eine Regionalmacht.

Zur Entwicklung des inneren Unterdrückungsapparates bis zur sichtbaren persönlichen Verfolgung einzelner Oppositioneller Politiker, Morden an Meinungsführern und unliebsamen Beobachtern kam nun die Konstruktion einer Gefahr für Russland aus dem Ausland, vom „Westen“.

Diese wenig ernst zu nehmende Erzählung wurde als rein innenpolitisches Vehikel angesehen und im Westen nicht wirklich ernst genommen.

Diese Fehleinschätzung hing mit anderen Prioritäten im Westen zusammen, wo Finanzkrise, Eurokrise, neuer Nationalismus und Populismus und „America-First-Politik“ die Aufmerksamkeit schwächte. Darüber hinaus kannte man die wirtschaftliche Schwäche Russlands und setzte auf die Nachteile der Abhängigkeit vom Rohstoff-Export. Niemand aber diskutierte die sich verändernde Wertebasis Russlands und die entstehende Ideologie einer Russischen Welt (Russkij Mir).

Innerhalb dieses Gedankengebäudes geht es nicht nur um Ehre und Bedeutung Russlands und die Wiederherstellung der Großmachtrolle auf Augenhöhe mit den USA und China. Es geht um die beherrschende Rolle Russlands im Raum der ehemaligen UdSSR. Die wenigen aufmerksamen Beobachter sprachen nicht ohne Widerspruch zu ernten vom Ziel einer Sowjetunion 2.0.

## Suche nach der Methode

Putin verfolgte verschiedene Ansätze, die Bedeutung Russlands zu erhöhen, die aber alle nicht an der Stelle ansetzten, die Russland im eigenen Land stärken, seine Potenziale heben und Modernisierung erreichen konnten.

Die mehrfachen Anläufe, eine Union zwischen Russland und Belarus zu erreichen kamen über Vertragsunterzeichnungen nicht hinaus. Lukaschenko war doch zu gerne sein eigener Diktator. Nur die wirtschaftliche Abhängigkeit Weißrusslands von Russland stieg immer weiter und erhöhte den Einfluss Putins. Verschiedene Anläufe für Wirtschaftsgemeinschaften, Verpflichtung ehemaliger Unionsmitglieder zu stärkerer Annäherung an Russland, Anerkennung der Oberherrschaft Russlands fanden nicht die Resonanz, die Putin sich vorgestellt hatte.

Diese Erfahrungen brachten Putin immer mehr zu der Erkenntnis, dass er mächtig genug werden musste, die gewünschten Ergebnisse zu erzwingen. Dazu baute er auf die bewährten Partner von Militär und Geheimdiensten. Bei dieser Rückbesinnung auf die alten Apparate in modernisierter Form konnten auch die eingesetzten Methoden und angewandten Instrumente nicht anders als altbekannt sein. Seitdem sind Folter von Demonstranten, Auftragsmorde, Verfolgung von angeblichen Verrätern im Ausland und alltägliche Repression wieder russischer Alltag. Die Situation der normalen Bevölkerung wurde immer schwieriger, weil sie völlig aus dem Interessenspektrum des Präsidenten verschwand.

Er führte lieber die Diskussion über Einflussphären, über russische Werte und russische Kultur in Abgrenzung zum dekadenten Westen. Und er bereitete sich und das Land auf eine Ausweitung des Machtbereichs zulasten ehemaliger Teilstaaten der Sowjetunion vor. In bester Tradition russischer Alleinherrscher spielte dabei das Schicksal der gewöhnlichen Leute keine Rolle mehr.

Was hat den russischen Präsidenten dazu veranlasst, nun in einem großen Schritt gewaltsam seinen Herrschaftsbereich ausweiten zu wollen? Neben der Notwendigkeit, den Druck innerhalb Russlands noch weiter zu erhöhen, um die Macht der Herrschenden zu sichern, fühlt er

Diese Erfahrungen brachten Putin immer mehr zu der Erkenntnis, dass er mächtig genug werden musste, die gewünschten Ergebnisse zu erzwingen.

Die erbärmliche Haltung gegenüber dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine ist die letzte Konsequenz aus diesem Fehlverhalten trotz besserer Erkenntnis. Der Kurswechsel kam zu spät, um noch abschreckend zu wirken

sich jetzt stark genug, ein solches Vorgehen gegen jedes Recht und jede Rücksicht auf Regeln zu wagen. Dazu veranlasste ihn eine Reihe von Erfahrungen in der Vergangenheit.

### Imperiale Versuchsfelder

Putin hat seine imperialen Versuchsfelder alle erfolgreich betrieben. Die USA, die EU und Deutschland haben je für sich und gemeinsam keine Schlüsse daraus gezogen. Jede Folgerung hätte zu schmerzhaften Handlungen gezwungen. Unerkannt blieb, dass Putins Streben nach Achtung und Augenhöhe bedeutend war, weil Russlands Größe und Ehre seit Gorbatschow nicht nur für ihn verloren war sondern auch für viel Russen. Aber dann musste man erkennen, dass es ihm auch ausreicht, gefürchtet zu werden – sowohl im Inland wie nach außen. Mittlerweile ist die Umgestaltung im Inneren so weit vorangeschritten, dass im Kreml nicht mehr versucht wird, demokratische oder rechtsstaatliche Fassaden aufrecht zu erhalten.

Die USA hätten ihre Hemmung ablegen müssen, sich weiter in Europa und erneut im Nahen Osten zu engagieren. Die Europäer hätten sich auf eine gemeinsame Sicherheitspolitik zusammen mit dem Vereinigten Königreich verständigen und massiv mit mehr als dem vereinbarten NATO-Ziel von 2% des BIP für die gemeinsame Verteidigung investieren müssen. Die erbärmliche Haltung gegenüber dem Selbstverteidigungsrecht der Ukraine ist die letzte Konsequenz aus diesem Fehlverhalten trotz besserer Erkenntnis. Der Kurswechsel kam zu spät, um noch abschreckend zu wirken.

Ein kurzer Blick auf den »Erfolgskurs« Putins:

### Naher Osten

Russland hat die Lücke, die die USA in Syrien, dem Nahen Osten und der Iran-Politik geöffnet haben, kurz und entschlossen gefüllt. Russlands Einsatz für die System-Erhaltung (Ziel 1) von Assad ist ein wichtiger Schritt zur Durchsetzung des Prinzips, keinen Systemwechsel mehr zuzulassen, egal wo und warum. Die Bedeutung des Syrieneinsatzes für die russische Sicherheitspolitik liegt daneben in der Neupositionierung Russlands im Nahen Osten. Der Einsatz der russischen Luftwaffe gegen auch zivile Ziele und der Bodenkampf russischer Söldner haben wesent-

lichen Anteil an der Sicherung des Assad-Regimes. Russland hat seine Flottenpräsenz in der syrischen Marinebasis ausgebaut und die Qualifizierung seiner Ausrüstung für den Einfluss im Mittelmeer wesentlich verbessert (Ziel 2). Die Menschenrechtsverletzungen bis hin zum Giftgaseinsatz in Syrien geschahen mit Billigung und Abschilderung Russlands. Russland hat nichts getan, um den bedrängten Menschen in Syrien zu helfen, es hat die destabilisierende Bedeutung von Millionen Flüchtlingen in den Nachbarstaaten und auf dem Weg nach Europa erkannt und durch Untätigkeit gefördert (Ziel 3). Wenn alle Gegner Assads das Land verließen, war der syrische Machthaber umso sicherer auch weiter an der Macht und Russland dauerhaft verpflichtet. Dieses Vorgehen verbesserte gleichzeitig die Verbindungen Russlands zum Iran.

Das Studium seines ersten Krieges und der damit verbundenen Anti-Terrormaßnahmen gegen Tschetschenien hat eine zu wenig beachtete Seite des russischen Präsidenten offen gelegt, seine Bereitschaft, einen eingeschlagenen Weg gnadenlos zu Ende zu gehen. Wenn kein Stein mehr auf dem anderen steht, hat man gewonnen. So hat Grosny es erlebt und so hat er dieses Prinzip auch auf Syrien (Aleppo) übertragen.

Russland hat die Türkei ermuntert, Erdogans territoriale Phantasien im Norden Syriens zu verfolgen. Dadurch hat er die Türkei von der NATO und seinen europäischen Partnern weiter entfremdet. Der wechselnde Kurs von Förderung und Begrenzung, von Nähe und Distanz zwischen Erdogan und Putin, Türkei und Russland folgt einem Plan, die Türkei zu nutzen, ohne sie im Schwarzen Meer und Kaukasus Einfluss gewinnen zu lassen. Putin hat die Europäer und die USA in Syrien in Nebenrollen gedrängt. Vor allem aber hat er mit dem System Assad wie mit der Türkei zusammen die demokratischen und kurdischen Kräfte in Syrien unterdrückt und beseitigt.

### Kaukasus

Würde das Verhältnis Russlands zu den in der Zarenzeit eroberten Gebieten bis zum Schwarzen Meer, bis an den Pazifik und in Zentralasien als das bezeichnet, was es in Wirklichkeit war, ein Kolonialreich, dann müsste man Putins Politik dort als Neo-Kolonialismus bezeichnen. Durch die räumliche Nähe der Gebiete der zaristischen Eroberungen zu den Kernlanden ist die Sichtweise fälschlicherweise eine andere geworden.

Das Studium seines ersten Krieges und der damit verbundenen Anti-Terrormaßnahmen gegen Tschetschenien hat eine zu wenig beachtete Seite des russischen Präsidenten offen gelegt, seine Bereitschaft, einen eingeschlagenen Weg gnadenlos zu Ende zu gehen.

Im Kaukasus hat Russland jede Möglichkeit genutzt, die koloniale Vergangenheit gegenüber den ehemaligen Sowjetrepubliken als Anspruch auf Intervention und Schutz zu interpretieren. Die fatale Entscheidung Georgiens zu einem völlig sinnlosen Krieg, den Putin als „Einladung“ angenommen hat, führte zur Abtrennung von Abchasien und Südossetien. Die Einflussosphäre Russlands wurde erweitert, Georgien paralytisiert und sein Weg nach Westen und in die NATO beendet.

Seine Unterstützung Armeniens bis zur vollständigen Abhängigkeit, der Schutz der armenischen Grenzen durch russische Truppen und die Garantie des Status Quo gegenüber Aserbaidschan hat Russlands Einfluss in der Schwarzmeerregion und gegenüber der Türkei ausgebaut und die Affinität Armeniens mit der Europäischen Union beendet.

Die Akzeptanz der Gebiets- und Machtkorrektur durch Aserbaidschan im Krieg um Berg Karabach mit Hilfe der Türkei hat Russland geschehen lassen, ohne seinem Schützling Armenien zu Hilfe zu kommen. Als das Ergebnis feststand, wurde die Türkei durch die Übernahme der Lagesicherung durch Russland wieder aus dem Konflikt und damit aus dem Türk-Raum hinausgedrängt. Russland ist der neue Verbündete und Garant des Einflusses Aserbaidschans, der gleichzeitig Armenien klein hält. Zusammengefasst: Der Kaukasus ist wieder unter russischer Kontrolle, abgestuft zwar, aber für jeden erkennbar unumkehrbar deutlich.

### Zentralasien

Die Niederschlagung der bürgerschaftlichen Aufstände in Kasachstan durch einen bewundernswert kurzfristigen Einsatz russischer Truppen mit dem Ergebnis der Absicherung eines autokratischen Systems in einer militärischen „Friedensmission“ hat die Zuverlässigkeit des Sicherheitssystems belegt, das Russland dem Regime in Astana zugesagt hatte. In ganz Zentralasien ist die Botschaft angekommen: Jeder Bewohner der zentralasiatischen Länder weiß nun, dass eine Auflehnung gegen die Unterdrücker sofort durch Russland niedergeschlagen werden wird. Eine Entwicklung, die China mit Blick auf das benachbarte Uiguren-Land Xinjiang mit Wohlwollen sieht.

In ganz Zentralasien ist die Botschaft angekommen: Jeder Bewohner der Zentralasiatischen Länder weiß nun, dass eine Auflehnung gegen die Unterdrücker sofort durch Russland niedergeschlagen werden wird.

### Frozen Conflicts

Alle Konflikte, die Russland durch territoriale Veränderungen vorerst beendet hat, wurden zu sogenannten Frozen Conflicts. Dazu gehört auch das ungelöste Problem von Transnistrien in der Republik Moldau. Jedes dieser im Übrigen für Russland enorm kostenträchtigen Gebilde erhöht die militärische Einsatzfähigkeit Russlands innerhalb und an den Grenzen anderer Länder, lähmt die betroffenen Länder und hält sie in Not und Armut, weil Prioritäten nicht neu gesetzt werden können.

### Tests an der NATO-Grenze

Im Westen der ehemaligen Sowjetunion hat Russland gleich mehrere Eisen über Jahre geschmiedet, die der NATO nun zusammen große Probleme bereiten.

Die Abhängigkeit von Belarus und dessen Diktator Lukaschenko von Russland ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Obwohl die Union mit Russland immer wieder verschoben wird, ist geostrategisch Belarus frei verfügbares Territorium Russlands. Die eher tollpatschige Retourkutsche Lukaschenkos gegenüber den Sanktionen der EU durch die staatlich gelenkte Schleusung von Flüchtlingen nach Westen zur Destabilisierung der EU fand den Beifall Putins, es passte in all seine Desinformationskampagnen und eigenen Destabilisierungsbemühungen gegenüber den bedeutenden westeuropäischen Ländern. Dass er auch das Stichwort für die Beendigung dieses Versuches gab, zeigt, dass er Belarus beherrscht.

Die tägliche Herausforderung der NATO vom Eismeer bis zur Grenze der baltischen Staaten durch militärische Tests der Abwehrbereitschaft und der Reaktionsfähigkeit trifft auf eine eher widerwillige Bereitschaft der NATO, die dahinter stehende Botschaft ernst zu nehmen. Es handelt sich aber nicht um taktische politische Spiele sondern um die Vorbereitung tatsächlicher Möglichkeiten des russischen Militärapparates. Gleichzeitig erhöhte die ständige Provokation die Angst der ehemaligen Sowjetrepubliken Estland, Lettland und Litauen, sie könnten eines der nächsten Opfer eines Einmarsches Russlands werden. Diese Angst war auch in Polen und in der Slowakei und selbst in Tschechien spürbar. Durch diese Befürchtungen, die russisches Verhalten erzeugte, gelang es

Die Abhängigkeit von Belarus und dessen Diktator Lukaschenko von Russland ist in den letzten Jahren dramatisch gestiegen. Obwohl die Union mit Russland immer wieder verschoben wird, ist geostrategisch Belarus frei verfügbares Territorium Russlands

Putin, einen Keil in die NATO zu treiben, Probleme im Verhältnis EU – USA zu erzeugen und in der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik der EU Zweifel zu säen.

### Zerstörung internationaler Regime

Die allmähliche Aushöhlung von Abrüstungs- und Rüstungsbegrenzungsabkommen, hier z. T. in einem Zusammenspiel mit dem amerikanischen Präsidenten Trump, hat Russland die Möglichkeit intensiver Modernisierung seiner Massenvernichtungswaffen, seiner globalen Einsatzfähigkeit und der Entwicklung neuer Waffensysteme gegeben. Der europäische Teil der NATO ist demgegenüber weitgehend passiv geblieben. Putin hat damit ein Erpressungspotenzial gewonnen, das in Verbindung mit der steigenden Abhängigkeit Westeuropas von russischem Gas auch strategisch von Bedeutung ist. Die Versäumnisse auf dem Feld der Rüstungsbegrenzung seit der zweiten Amtsperiode Putins sind offensichtlich. Aber wie bei der Diplomatie braucht auch der Beginn solcher Verhandlungen die Bereitschaft zum Gespräch. Daran hatte Russland kein Interesse und die EU-Länder beschäftigten sich mit internen Problemen.

### Afrika

Selbst auf weniger im Fokus liegenden Feldern finden Veränderungen statt, die die mangelnde Bereitschaft des Westens zu ernsthaften Reaktionen sichtbar machen. Das erhöht Putins weltpolitische Einflussmöglichkeiten, betrieben an der Grenze des rechtlich zulässigen und politisch verantwortbaren. Das Engagement in Afrika, z. B. in der Republik Niger geschieht mit ziemlich rücksichtslosen Methoden, skrupelloser Vorteilsnahme und kulturell hemmungsloser Überwältigung von afrikanischen Strukturen. Soldaten ohne Hemmung einzusetzen für Unterdrückungspolitik und die Absicherung autoritärer Regierungen hat einen Standard in Putins Politik gesetzt. Dabei tritt Russland immer öfter ohne Hoheitszeichen auf. In Form von Söldnertruppen oder „Sicherheits-Unternehmen“ oder verdeckt eingesetzten regulären Soldaten wird gekämpft. Auch wenn Putin diese Form nicht erfunden hat, so hat er sie doch perfektioniert. Dass die UN und die EU mit Frankreich an der Spitze dabei sind, vor dieser Form neokolonialer Politik Russlands in Afrika zu resignieren, wird Anfang 2021 auch in Mali sichtbar.

Putin hat damit ein Erpressungspotenzial gewonnen, das in Verbindung mit der steigenden Abhängigkeit Westeuropas von russischem Gas auch strategisch von Bedeutung ist.

### Ukraine – der erste Schlag

Der größte Realitäts-Test der neuen machtpolitischen Möglichkeiten Russlands war die Zerstörung der europäischen Perspektive der Ukraine. Es war eine nur oberflächlich getarnte Intervention in der Ostukraine, die Entsendung von nicht deklarierten Kombattanten zur Errichtung von Separationsgebieten und schließlich die Annexion der Krim und deren Eingliederung zusammen mit Sewastopol in die Russische Föderation, die ihn zunehmend mutiger machte. Es war nicht mehr der Mühe wert, etwas wirklich zu verschleiern, vielmehr sollte man erkennen, welche Möglichkeiten Russland zur Verfügung standen. Scheinbar unbeteiligt am Konflikt nahm Russland selbstverständlich an den Verhandlungen über das Minsker Abkommen und ähnlichen Formaten teil. Obwohl nicht am Einsatz beteiligt, wurden Orden dafür verteilt.

Putin hat keinen Augenblick damit gerechnet, dass die internationale Gemeinschaft die Reden von der territorialen Integrität der Ukraine ernst meinte und tatsächlich Konsequenzen aus der Besetzung der Krim und der aus Russland exportierten Sezession im Donbass ziehen könnte. Die eher wenig wirksamen Sanktionen nach diesen Völkerrechtsbrüchen wendete Putin innenpolitisch in Begründungen für zusätzliche Repressionen. An der fortschreitenden Verarmung der Bevölkerung, der Preissteigerung und der schlechten Versorgung mit Dienstleistungen war nun der feindliche Westen schuld. Putin sah es von nun an als erwiesen an, dass der Westen seine Rohstoffversorgung insbesondere mit Öl und Gas nicht gefährden würde durch wirkliche Sanktionen und Änderungen der Politik gegenüber Russland.

### Festlegung der Wahrheit

In dieser Zeit hat Putin endgültig für sich beschlossen, dass es nicht mehr nötig sei, den Anschein zu erwecken, die Wahrheit zu sagen. Vielmehr entschied er von da an, was als Wahrheit zu gelten und vom Rest der Welt als solche zu akzeptieren sei. Selbst als unbeteiligter Betrachter schämt man sich dafür, was der Welt in dieser Hinsicht im 21. Jahrhundert vorgeführt wird. Ohne Kontrolle durch unabhängige Medien im eigenen Land wurde das möglich. Wir erinnern uns an die täglichen Anweisungen des Reichspropaganda-Ministeriums in der NS-Zeit, die festlegten, was die Zeitungen und der Rundfunk als Wahrheit zu verkünden hatten. Dass diese staatlich festgelegte Wahrheit aber für den Fall

Putin hat keinen Augenblick damit gerechnet, dass die internationale Gemeinschaft die Reden von der territorialen Integrität der Ukraine ernst meinte und tatsächlich Konsequenzen aus der Besetzung der Krim und der aus Russland exportierten Sezession im Donbass ziehen könnte.



Die Wahrheit, dass der Krieg kein Krieg sei, führte auch zu Einschränkungen in der in Russland weit verbreiteten Kommunikation der Menschen über Social Media.

der Missachtung auch für Jedermann per Gesetz mit Gefängnisstrafen durchgesetzt wird, ist eine Variante, die nur Putin erfinden konnte. Immerhin ist die damit verbundene Drohung auch an Korrespondenten in Moskau so groß, dass sich unabhängige westliche Medien verpflichtet sahen, zum Schutz ihrer Berichterstatter sich selbst zu zensieren. Die Wahrheit, dass der Krieg kein Krieg sei, führte auch zu Einschränkungen in der in Russland weit verbreiteten Kommunikation der Menschen über Social Media.

Flankiert von einem Riesen-Aufgebot an Desinformationsmitteln und -arbeitern in allen Mediensegmenten wurde der Boden für eine zweite Wirklichkeit geschaffen, die eine eigene Dynamik im Sinne der Einflussnahme Putins auf die freien Gesellschaften gewannen. Erstmals wurde in der Krimkrise ein Pool von mehr als eintausend Fachleuten für die Manipulation der Social-Media-Welt in Deutschland und der EU eingesetzt. Dass sich dabei insbesondere Populisten, Rechtsradikale und Antidemokraten der zur Verfügung gestellten Inhalte bedienten um ihre eigene Reichweite zu erhöhen, war ganz im Sinne Putins.

### War nicht so gemeint

Ein Probelauf für die Bereitschaft des Westens, eingegangene Garantien auch einzulösen war die Berufung der Ukraine auf das Budapester Memorandum von 1994, ohne das der Atomwaffensperrvertrag nicht hätte ratifiziert werden können. Im Gegenzug zur Abgabe des drittgrößten Atomwaffenarsenals der Welt durch die Ukraine garantieren Russland, die USA und Großbritannien, mit eigenen Erklärungen von China und Frankreich die Unverletzlichkeit der Grenzen der Ukraine, erkennen die Souveränität des ukrainischen Staates an und verpflichten sich zur Gewaltfreiheit und zur friedlichen Konfliktlösung. Unmittelbar nach der Aneignung der Krim wurde von der russischen Führung darauf hingewiesen, dass es sich beim Budapester Memorandum um ein „nachgeordnetes Dokument“ handle, das keine völkerrechtliche Bedeutung besitze. Der Widerstand im Westen blieb marginal.

Mit der machtlos wirkenden, ohne Konsequenz bleibenden Politik des Westens gegenüber dem Verstoß gegen das Völkerrecht nach der Krim-Annexion war für Putin endgültig belegt, dass dem Westen, dass den Demokratien der Wille und die Fähigkeiten fehlen, einer neuen Machtpolitik jenseits internationaler Regeln und ohne Rücksicht auf

eingegangene Verpflichtungen etwas entgegen zu setzen, das gefährlich werden könnte. Es steigen erschreckende Bilder aus den Jahren 1937 bis 1939 auf. Zu diesen Bildern gehört auch die rücksichtslose und schamlose Missachtung eingegangener Verpflichtungen. Vertragsbruch nennt man das.

### Ausbau der Diktatur

Diese Erfahrungen zusammen betrachtet mit der bis auf den Beginn der ersten Amtszeit Putins zurückgehenden Stärkung des Militärs und des Einflusses der Geheimdienste erklären die Freiheit Putins, im Inneren des Landes den Umbau vorzunehmen, der schließlich in einer neuen Diktatur mündete. Allmählich aber mit Konsequenz wurde aus einem Land mit demokratischer Verfassung, einem lebendigen und vielfältigen Parlament, einer sich allmählich selbst organisierenden Gesellschaft und einer extrem freien Marktwirtschaft eine autoritäre Herrschaft einer kleinen Gruppe von Politikern, Wirtschaftsgrößen, Militärs und Geheimdienstfunktionären.

So wurde aus einer ursprünglich hoffnungsvoll begonnenen Demokratie mit Schwächen und fragilen Grundlagen eine gelenkte Demokratie, dann eine manipulierte Demokratie und schließlich in einem sichtbaren und doch schleichenden Staatsstreich die Umwandlung Russlands in eine autoritäre Präsidialherrschaft. Nach innen ist jede Opposition der Gefahr der bis ins Persönliche reichenden Zerstörung ausgesetzt. Wahlen sind zur Farce geworden, das Parlament ist völlig frei zu tun, was Putin anordnet. Die Inszenierung politischer Entscheidungen über die fast vollständig gleichgeschalteten Medien verfehlt ihre Wirkung auf die russischen Bürger nicht. Die Überwachung der Bevölkerung hat wieder ein Ausmaß erreicht, die Gespräche selbst mit Privatpersonen schwierig macht. Die Angst geht um im Reiche Putins.

### Zerstörung gemeinsamen Rechts

Die Rolle Russlands in den internationalen Organisationen wird systematisch umgebaut und den Interessen des Präsidenten und seiner Sicht der Welt untergeordnet. Die Delegationen der Russischen Föderation in der Parlamentarischen Versammlung des Europarates waren nach 1990 ein belebendes Element freier, offener und konstruktiver Debatten über Menschenrechte. Danach hatten sie nur noch die Aufgabe, Verurteilun-

Wahlen sind zur Farce geworden, das Parlament ist völlig frei zu tun, was Putin anordnet. Die Inszenierung politischer Entscheidungen über die fast vollständig gleichgeschalteten Medien verfehlt ihre Wirkung auf die russischen Bürger nicht.

Eine Reform der Vereinten Nationen, die die Staatenwelt abbildet und stärkeren Einfluss der schwächeren Teile der Erde ermöglichen würde, ist in weite Ferne gerückt.

gen der Russischen Föderation zu verhindern. Menschenrechte werden nicht mehr als gemeinsame Grundlage akzeptiert sondern im Gegenteil als eine Waffe des Westens gegen die Werte Russlands bezeichnet. Damit war auch die Rolle der OSZE zu einer leeren Hülle geworden, wie sich bald auch bei der Überwachung der Pufferzone in der Ukraine zeigen sollte. Die beiden wichtigsten transkontinentalen Organisationen sind damit durch die Verweigerung Russlands, die Regeln weiter anzuerkennen, dauerhaft beschädigt worden. Die Prinzipien des Helsinki-Prozesses sind nicht mehr die Grundlage der Zusammenarbeit im größeren Europa. Die russischen Bürger, die sich in großer Zahl an den Europäischen Menschenrechtsgerichtshof wandten, stehen wegen der mangelnden Anerkennung durch Russland nun wieder ohne diesen Schutz da. Der Rückzug Russlands aus dem Europarat und die dabei ausgestoßenen Verdächtigungen, dieser Wächter über die persönlichen Menschenrechte im größeren Europa handle auf Anweisung der US-Regierung, belegen Mitte März 2022 die Trennung Russlands von den eingegangenen Menschenrechts-Verpflichtungen.

In den Vereinten Nationen sind Russland und China in großer Gemeinsamkeit zu einer Politik zurückgekehrt, die den Sicherheitsrat handlungsunfähig macht und die Werte der Weltorganisation aus dem Zentrum ins Feld des Ungefährlichen verweist. Nun definiert wieder jeder selbst, was Menschenrechte bedeuten. Heute noch von einer universellen Geltung der Menschenrechtscharta zu sprechen ist unmöglich. Eine Reform der Vereinten Nationen, die die Staatenwelt abbildet und stärkeren Einfluss der schwächeren Teile der Erde ermöglichen würde, ist in weite Ferne gerückt.

### Ausgetrockneter Multilateralismus

Die Renationalisierung der Politik seit Trump, Putin, Johnson, Bolsonaro und anderen kurzsichtigen Führern hat dem Multilateralismus den Boden entzogen. Die Weltmacht-Vorstellungen von Xi und Putin aber auch die wirren Vorstellungen des „Make America Great Again“ eines Donald Trump haben internationale Abkommen entweder ausgehöhlt oder wurden nach den Prinzipien der Macht neu geschrieben (NAFTA, Klima-Protokoll, INF-Vertrag, Atom-Abkommen mit dem Iran etc.) Die Unfähigkeit zum gemeinsamen Handeln in der EU und der Austritt des Vereinigten Königreiches machen diesen Prozess auch in Europa deutlich. China und Russland haben durch die Beteiligung an vielen multi-

lateralen Prozessen viele Vorteile erhalten (z. B. bei den WTO-Verhandlungen), wollen aber das Prinzip des gegenseitigen Vorteils gegenüber der Weltgemeinschaft und vor allem gegenüber den kleineren Staaten der Erde nicht mehr achten. Alle diese Prozesse nutzte Putin zur Entwicklung seiner nationalen und imperialen Spielräume. An keiner Stelle ist dem ernsthaft entgegengetreten worden, Ansatzpunkte für den Beginn von Gesprächen, die es immer wieder gegeben hat, sind aber auch nicht genutzt worden.

### Festung Russland

Das neu entwickelte Narrativ Putins, Russland sei von Feinden umgeben gegen die man sich verteidigen müsse, ist in Wirklichkeit uralt und deshalb wirksam. Putin begründet damit die Notwendigkeit neuer Stärke Russlands. Dafür seien auch Opfer zu bringen. Russland sei der Hort der Bewahrung der christlichen Werte gegenüber dem verkommenen Westen. Zu besichtigen sind die Ergebnisse: mit dem Segen der Orthodoxen Kirche wird Gewalt gegen Frauen wieder hingenommen, werden sexuelle Minderheiten diskriminiert. Wer sich für Freiheit und Recht, für Beteiligung und gegen Korruption einsetzt, wird zum ausländischen Agenten oder gar zum Terroristen gestempelt. Die dauernde Verschlechterung der Lebensverhältnisse der normalen Bevölkerung wird als unvermeidlich im Abwehrkampf verkauft.

Der Aufbau dieses neuen Narrativs ist verbunden mit zahlreichen spürbaren Veränderungen des Alltages. So wird in Schulen und Hochschulen die Geschichte Russlands neu gedeutet, die Aufarbeitung des Stalinismus beendet und Stalin wieder zur Heldenfigur verklärt.

### Vergeudete Talente

Paramilitärischer Unterricht wurde wieder eingeführt, der nun patriotisch genannt wird. Die politische Macht wird schamlos durch die Verteilung der wirtschaftlichen Ressourcen auf wenige Kremltreue gesichert. Der riesige humane Schatz, den das Land in sich trägt, wird nicht genutzt. Die große Zahl gut ausgebildeter junger Menschen hat keine Chance, an einer wirtschaftlichen Erneuerung der Volkswirtschaft mitzuwirken, sie muss im Gegenteil zusehen, wie ihre Möglichkeiten und ihre materiellen Schätze gestohlen werden. Kein Wunder, dass ungewöhnlich viele junge Russinnen und Russen trotz aller Bekenntnisse

Das neu entwickelte Narrativ Putins, Russland sei von Feinden umgeben gegen die man sich verteidigen müsse, ist in Wirklichkeit uralt und deshalb wirksam. Putin begründet damit die Notwendigkeit neuer Stärke Russlands.

zum Vaterland nur einen Wunsch haben: Ihre Chancen im Ausland zu suchen, dort zu finden, was ihnen zu Hause verwehrt wird.

### Das Märchen der aggressiven NATO

Zur neuen Erzählung Putins gehört seit der Zerstörung der territorialen Integrität der Ukraine im Februar 2022 auch die Umdeutung der Geschichte des Verhältnisses zwischen Ost und West nach dem Mauerfall und dem Zerfall der Sowjetunion. Die Legende von der illegalen Ausweitung der NATO bis an die Grenzen Russlands wird auch durch dauernde Wiederholung nicht richtig. Sie ist aber ein nach innen wirksames Element der Festungs-Argumentation. Sie findet außerdem so viele nutznießende Zweitverwerter der These, in Deutschland z. B. in der Linken und der AFD, dass sie dauerhaft wirksam bleibt.

Der Autor kann sich noch gut an Gespräche mit russischen Offiziellen, auch mit Vertretern der damals neu gegründeten Partei Einheitliches Russland und Duma-Abgeordneten erinnern, in denen unter dem Thema gemeinsame Sicherheit über die Freiheit der Staaten Mittel- und Osteuropas gesprochen wurde, der NATO beizutreten. Es wurde über Kooperationsmöglichkeiten diskutiert, sogar die Frage, ob Russland ein möglicher NATO-Partner werden sollte, wurde ernsthaft besprochen. Die dann gefunden Formen der Zusammenarbeit von NATO und Russland waren lange Zeit wirksam und sinnvoll. Gleichzeitig erfuhr man, dass hohe Militärs, die Russland in Brüssel vertraten, bei ihrer Rückkehr misstrauisch betrachtet und diskriminierend behandelt wurden. Jeder, der mit dem immer noch vermuteten Feind im Westen zusammenarbeitete, galt als potenzieller Landesverräter. Die alten Muster saßen tief und wirkten auch zwanzig Jahre nach der Zeitenwende noch immer nach.

### Hemmungslosigkeit

Die in Putins Rede vom 21. 02. 2022 verbreitete Sicht der europäischen Politik wird eine lange wirkende Folge zeitigen. Wir werden sehen, dass die Hauptthesen dieser Rede noch über viele Jahre Schwierigkeiten bereiten werden, die unser Leben und die politischen Möglichkeiten der EU und Deutschlands einschränkt und sogar Auswirkungen auf die Sicherung unseres Lebensstils, Lebensstandards und wirtschaftlichen Erfolges und der sozialen Sicherheit haben werden. Man mag sich nicht vorstellen, was geschehen würde, wenn neben der Türkei und Russland

auch noch andere europäische Länder mit Argumenten historischer Zugehörigkeit über die Veränderungen von Grenzen reden würden. Die Büchse der Pandora ist geöffnet.

Die lange Zeit vorherrschende Verharmlosung der Veränderungen in Russland rächt sich nun am Beginn des 3. Jahrzehnts des 21. Jahrhunderts. Die Politik ist auf einen Nullpunkt zurückgeworfen, von dem aus vieles möglich aber alles schwierig und langwierig ist.

Der Aufwand Putins für die öffentliche Vorbereitung des Krieges gegen die Ukraine war ganz nach innen gerichtet. Niemand im politischen Russland und in seinen diplomatischen Vertretungen hat ernst genommen, was Putin vorgetragen hat. Jeder wusste, dass der Wahrheitsanteil am gesprochenen Wort mit dem Näherrücken des Einsatztages immer geringer wurde. Die russische Bevölkerung aber hatte zum großen Teil keine Möglichkeit, Propaganda und Wahrheit voneinander zu trennen. Vielmehr rückt mit der Länge der vollständigen Unterdrückung freier Berichterstattung auch das Meinungsbild der russischen Bevölkerung immer näher an das im Kreml gewünschte Bild heran. Die meisten, die es besser wissen schweigen oder sind zum Schweigen gebracht worden. Ob Aufrufe zum Widerstand wie etwa von Navalny oder spektakulären Einzelaktionen daran etwas ändern werden, bleibt abzuwarten. In russischen Lagern ist noch viel Platz für Anhänger der Wahrheit. Dass die Angst wieder umgeht in Russland erkenne ich an meinen Kontakten mit russischen Freunden. Auf bestimmte Fragen gibt es keine Antworten mehr. Eine Diktatur hat zunächst einmal auf allen Feldern gesiegt.

Gleichzeitig wurde im Ablauf der Geschehnisse sichtbar, dass der Kreis der Entscheider, die mit Putin oder für ihn handeln, immer noch kleiner geworden ist und sich, wie bei anderen Diktatoren ausführlich historisch aufgearbeitet nicht mehr mit Fachleuten berät und keine kritische Stimme mehr wahrnimmt.

### Zeitenwende und unser Verhältnis zu den russischen Menschen

Was hat die freie Welt, was hat der kleiner werdende Teil der demokratischen Welt dem entgegen zu setzen? Als erstes die Erkenntnis, dass Demokratie zwar anstrengend aber in allen Fällen humaner und für den Menschen gestaltbar ist; dann die Gewissheit, dass die Menschen nicht

Die russische Bevölkerung aber hatte zum großen Teil keine Möglichkeit, Propaganda und Wahrheit voneinander zu trennen. Vielmehr rückt mit der Länge der vollständigen Unterdrückung freier Berichterstattung auch das Meinungsbild der russischen Bevölkerung immer näher an das im Kreml gewünschte Bild heran.

Wladimir Putin hat in wenigen Monaten etwas geschafft, was die Regierungen von EU und NATO über Jahre nicht mehr geschafft haben. Das Gemeinschaftsgefühl in der Gefahr nimmt zu.

so unterschiedlich sind, egal wo sie leben und wohnen. Ihre Wünsche und Sehnsüchte sind sehr nah beieinander. Freiheit des Wortes, Verantwortung und Demokratie, Recht und soziale Gerechtigkeit sind in Russland so gegenwärtige politische Wünsche wie in Deutschland. Deshalb werden sich Deutsche und Russen nicht zu Feinden machen lassen. Wir haben viel zu viel gemeinsam, kulturell, im Denken und Fühlen, in Literatur und Musik. Allerdings dürfen die Menschen der freien Welt nicht vor der Gewalt zurückweichen. Vielmehr muss die Solidarität für unterdrückte Menschen wieder viel stärker öffentlich gelebt werden.

Wladimir Putin hat in wenigen Monaten etwas geschafft, was die Regierungen von EU und NATO über Jahre nicht mehr geschafft haben. Das Gemeinschaftsgefühl in der Gefahr nimmt zu. Die Auseinandersetzung über die Ziele gemeinsamer Außen- und Sicherheitspolitik gewinnt an Qualität und wird ehrlicher. Die Erkenntnis, dass Diplomatie ohne machtvollen Möglichkeiten der Selbstverteidigung wirkungslos bleibt, gehört wieder zum Kanon politischer Argumentation. Die wohlfeile Selbsttäuschung, alles sei durch Gespräche und Diplomatie lösbar, ist vorbei. Augenhöhe ist nur möglich, wenn sie von beiden Seiten gewollt ist. Augenhöhe zwischen Schlachter und Schlachtvieh ist ein unsinniger Gedanke.

### Brücken zu Menschen auch in schwierigen Zeiten

Die seit dem 24. Februar 2022 eingetretene Situation wird es schwieriger machen, sich zu begegnen, sich auszutauschen, gemeinsam zu feiern, zu studieren, zu forschen und Handel zu treiben. Aber wir werden in der Auslands-gesellschaft in Dortmund zum Beispiel nicht nachlassen, in Kontakt zu bleiben mit unseren Freunden in Moskau, in Kasan, in Wolgograd, in Rostow am Don und in Pjatigorsk im Kaukasus. Wir werden weiter Wissenschaftler und Studenten ermutigen, die Kooperation zu suchen. Die Dortmunder Universität wird es schwerer haben, ihre beachtlichen Brücken nach Russland mit Begegnungen zu füllen, aber die Idee und der Wille werden bleiben und das gilt auch für das russische Gegenüber. Die Ruhrgebietswirtschaft muss mit Problemen bei der wirtschaftlichen Zusammenarbeit rechnen. Die Chancen für die Zukunft aber bleiben gut. Und das russische Gas wird nicht ausbleiben, wenn wir es nicht selbst abdrehen. Zu sehr ist Putin darauf angewiesen, es zu verkaufen.

Die Hoffnung auf viele Partner, die sich gut kennen, die gute Erfahrungen miteinander gemacht haben und gemeinsame Ziele verfolgen ist auf die Zukunft gerichtet. So lange der Krieg und die Krise andauern, wird es nicht möglich sein, mit Funktionären und vor allem mit den Stützen des Putinschen Systems zu kooperieren. Alles Mögliche zu tun, um die ausgelieferten Menschen, die jetzt die Last der Konflikte tragen, zu ermutigen, ihnen unsere Unterstützung zuzusichern für den Augenblick danach, bleibt eine Aufgabe, die unseren Frust über den „neuen eisernen Vorhang“ verringert.

Für die Städtepartnerschaften zwischen Deutschland und Russland tritt nun eine vierte Phase ein, nachdem z. B. die Partnerschaft zwischen Dortmund und Rostow am Don seit 1977/78 besteht.

Zunächst waren es Partnerschaften, die unter Sowjetbedingungen zustande kamen und arbeiten mussten. Für die sowjetische Regierung waren Städtepartnerschaften der Politik der kommunistischen Partei untergeordnet. Freie Gestaltung mit frei gewählten Partnern in der Schwesterstadt war nicht vorgesehen. Diese Grenze hielt nicht immer, zum Beispiel waren Jugendliche bei Sportaustauschen schneller in Familien als Funktionäre das verhindern konnten. Andererseits kam in Dortmund zu dieser Zeit eine „Jugend-Delegation“ aus Rostow an. Es war eine Unterbringung in einem Jugendgästehaus vorgesehen. Als die Delegation vom Flugplatz abgeholt wurde, bestellte man schnell Hotelzimmer: Die „Jugendlichen“ waren alle mehr als 40 Jahre alt. Die Jugend reiste in Gestalt ihrer Funktionäre!

Die zweite Phase war die nun offene Begegnung in der Umbruchzeit, in der aus der Partnerschaft eine Art Partnerschaft wurde. Viele gesellschaftliche Bereiche aus Dortmund halfen bei der Neuorientierung, bei der notwendigen Neuorganisation, z. B. im Klinikbereich. Es gab Ausbildung-Austausch, Praktika bei Verwaltung, in Unternehmen und bei Dienstleistern. Hilfe für Verwaltung, Feuerwehr, Daseinsvorsorge, Betriebswirtschaft, Organisation von Handel und Gewerbe. Eine von beiden Seiten als sehr sinnvoll angesehene Zusammenarbeit begann. Schulen, Hochschulen und Sportvereine nutzten die neue Freiheit für menschliche und fachliche Beziehungen.

Für die Städtepartnerschaften zwischen Deutschland und Russland tritt nun eine vierte Phase ein, nachdem z. B. die Partnerschaft zwischen Dortmund und Rostow am Don seit 1977/78 besteht.

Eine besondere Bewährungsprobe für die Städtepartnerschaften gibt es auch noch: Wird es bei den sich verhärtenden Fronten auch in der Informations- und Propagandaschlacht zwischen den Kontrahenten im Krieg Russlands gegen die Ukraine möglich sein, dass unabhängig des steten Zwanges, die eigene Regierung zu unterstützen Partnerstädte zum Frieden aufrufen?

In einer dritten Phase der Konsolidierung kehrte die Partnerschaft zu normalen Beziehungen zurück, die das Leben mit kulturellen Aktionen, Begegnungen und vielen Freundschaften in ruhige Bahnen lenkten. Neue Ziele wurden gesetzt. So erklärten die Bürgermeister beider Städte beim 40jährigen Jubiläum, man wolle mehr Austausch und man wolle auf beiden Seiten eine bilaterale Einrichtung für Austausch auf zivilgesellschaftlicher Basis errichten. Schnell wurde klar, dass dieses gute Ziel, das auf beiden Seiten viele Anhänger hat, in der sich verändernden gesellschaftlichen Welt Putin-Russlands im Sande verlaufen würde. Die Knebelung der Zivilgesellschaft in Russland war zu dieser Zeit bereits eingeleitet. Bis der Endpunkt mit dem Verbot von Memorial erreicht wurde, dauerte es zwar noch vier weitere Jahre, aber die russische Seite war lange zuvor bereits handlungsunfähig. So blieben kleine Projekte, gemeinsames Feiern auf Stadtfesten und z. B. eine bilaterale Sommerschule mit russischen und deutschen Studenten in 2020 und 2021.

Und nun beginnt bereits eine vierte Phase, in der die offenen Völkerrechtsbrüche des russischen Präsidenten, die sehr nationalistisch ausgerichtete Stadtpolitik in Rostow am Don und der Krieg mit der Ukraine eine Beziehung zwischen den städtischen Funktionären unmöglich macht. Manche Städte haben ihre Städtepartnerschaften mit russischen Städten auf Eis gelegt. Viel ist nicht möglich. Aber wer Brücken abreißt, sollte daran denken, dass man dann von beiden Seiten nicht mehr darüber gehen kann. Noch erleben wir viele persönliche Kontakte, die aus der früheren Zusammenarbeit entstanden sind. Diese menschlichen Brücken des gewachsenen Vertrauens, die Kommunikation auch jetzt noch möglich und sinnvoll machen, um im Kontakt zu bleiben, sind wichtig. Jungen Menschen so schnell wie möglich wieder die Chance von Begegnung und Zusammenarbeit zu geben, bleibt Ziel der Partnerschaft. Die Hoffnung bleibt, dass wir wieder zusammenfinden. Bis dahin kann jeder noch so kleine Kontakt von Bedeutung sein.

Eine besondere Bewährungsprobe für die Städtepartnerschaften gibt es auch noch: Wird es bei den sich verhärtenden Fronten auch in der Informations- und Propagandaschlacht zwischen den Kontrahenten im Krieg Russlands gegen die Ukraine möglich sein, dass unabhängig des steten Zwanges, die eigene Regierung zu unterstützen Partnerstädte zum Frieden aufrufen? Werden wir etwas hören von Wolgograd, Hiroshima, Coventry und Köln? Wird es einen gemeinsamen Aufschrei geben, der

Dresden, Dortmund, Rotterdam, Guernica, Aleppo und Grosny miteinander verbindet und den Mächtigen der Welt entgegenhalten: „Nie wieder eine zerstörte Stadt – keine Bomben auf Wohnungen – kein Krieg gegen die Zivilbevölkerung.“

### Autor

1946 in Teisendorf (Bayern) geboren, lebt seit 1966 in Dortmund. Studium der Pädagogik, Geschichte, Geographie und Deutsch, Erwachsenenbildner und Lehrer, vielfach ehrenamtlich aktiv. Als Mitglied der Parlamentarischen Versammlung des Europarates erlebte er den Wandel der Rolle Russlands im Verhältnis zu den Menschenrechten. Die deutsche Vergangenheit ließen ihn ein besonderes Verhältnis zu Wolgograd pflegen. Familiäre Betroffenheit ermunterte Fritz, die Schirmherrschaft über die „Friedenskapelle Rossoschka“ in der Steppe vor Wolgograd zu übernehmen, wo eine gemeinsame Gedenkstätte für russische und deutsche Opfer der Schlacht um Stalingrad errichtet wurde. Die Verstärkung der Beziehungen der Auslandsgesellschaft in Dortmund zum postsowjetischen Russland veranlasste Fritz zur Initiative der Errichtung einer Deutsch-Russischen Akademie Ruhr in der Auslandsgesellschaft. Daraus ergaben sich viele Veranstaltungsformate, vielfältige Begegnungen und Brückenschläge. Der Westfälisch-kaukasische Literaturkreis mit gemeinsamen Aktivitäten deutscher und russischer Schriftsteller ist daraus entstanden. Ebenso die Zusammenarbeit mit der Universität Pjatigorsk, an der Fritz Vorträge hielt und Seminare für Studierende durchführte. Die zuletzt organisierten Sommerschulen für deutsche und russische Studierende aus dem Kaukasus, Rostow am Don und dem Ruhrgebiet sind Teil des Angebotes. Trotz aller aufgebauten Schwierigkeiten seit 2014 und zunehmender Einschränkung von Freiheiten bleiben Begegnung und Austausch auch das Ziel für die Zukunft.

### Publikationen über Russland (Auswahl)

»Die Janusköpfigkeit der sowjetischen Gesellschaft«, in: Merten/Eicher (Hgg): Deutsch-russische Kulturarbeit in Dortmund. 50 Jahre Länderkreis Osteuropa in der Auslandsgesellschaft NRW. Buchreihe der AGNRW: Forum Kultur, Bd. 1, Athena-Verlag Oberhausen, 2002

Als Hrsg.: »Neue Bewegung in die deutsch-russischen Beziehungen«. Forum Internationale Politik, Bd. 1, Harald-Koch-Buchreihe der Auslandsgesellschaft NRW, Athena-Verlag Oberhausen 2001; darin der Aufsatz „Deutsche und Russen – Partner für die europäische Zukunft“

Als Hrsg.: »Russland unter Putin: Weg ohne Demokratie oder russischer Weg zur Demokratie?« Forum Internationale Politik, Bd. 3, Harald-Koch-Buchreihe der Auslandsgesellschaft NRW, Athena-Verlag Oberhausen 2005, darin der Aufsatz „Stabilität und Ordnung ohne Freiheit und Demokratie? Chancen und Voraussetzungen einer demokratischen Entwicklung Russlands“

»Gute Worte – falsche Taten: Was ist aus Putins Demokratie-Rede geworden?« In: Die Politische Meinung, Nr. 440, Juli 2006

„Nie wieder eine zerstörte Stadt – keine Bomben auf Wohnungen – kein Krieg gegen die Zivilbevölkerung.“



Foto: Manfred Friele

## Begriffe zum russisch-ukrainischen Krieg

### Das Krim-Problem

Wem gehört die Krim? Vorgeblich historische (und religiös begründete) Ansprüche Russlands (Putin 2014) dienen als Vorwand für die Annexion, die im Wesentlichen geostrategische Gründe – Beherrschung des Schwarzen Meeres – haben dürfte.

Historische Zugehörigkeiten der Krim:

Goldene Horde, Teil des Mongolenreiches, später Khanat der Tataren

Teil des Osmanischen Reiches, türkisch beherrscht bis zum russisch-türkischen Krieg 1768-1774

Annektiert durch Katharina II.: „von nun an und für alle Zeiten“ russisch

1917 Bildung der Ukrainischen Volksrepublik, ab 1919 Ukrainische SSR als Teil der UdSSR; die Krim ist in dieser Zeit Teil der Russischen Sozialistischen Sowjetrepublik (RSSR)

Seit 1954 Autonome Republik innerhalb der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepublik (USSR)

Seit 1991 Teil des selbstständigen Staates Ukraine als Autonome Republik mit russischen, ukrainischen und tatarischen Bewohnern

1994 Garantie der staatlichen Souveränität der Ukraine in bestehender Form im Budapester Memorandum durch Russland, USA und Großbritannien

Freundschaftsvertrag Russland-Ukraine (verlängert 2008) garantiert territoriale Integrität der Ukraine. Beide Staaten sind Mitglieder der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE), die auf der KSZE-Schlussakte von Helsinki beruht, die ebenfalls die Akzeptanz der bestehenden Grenzen in Europa enthält.

2014 bewaffneter Konflikt um die Krim mit verdeckter Teilnahme russischer Streitkräfte, Angliederung der Krim an die Russische Föderation, zusammen mit dem bis dahin von der Ukraine gepachteten Sewastopol, dem Stützpunkt der russischen Schwarzmeerflotte.

Die Mehrheit der russischen Bevölkerung stand hinter der Angliederung der Krim, die Zustimmung der russischen Bevölkerung der Krim im Re-

ferendum dürfte damals auch ohne Fälschungen sicher gewesen sein.

Im Zusammenhang mit der Krim-Krise wurde auch die Sezession der Ostukraine mit verdeckten Militäraktionen und der Einrichtung von Separatisten-Regierungen betrieben. Die Mehrzahl der ethnischen Russen, die ukrainische Staatsbürger waren, lehnten die Bestrebungen der von Moskau etablierten Führer ab. Viele davon flüchten beim Beginn der Kampfhandlungen in den Ukrainischen Westen und Norden.

Die bewährte Praxis Russlands, Abtrennungen von staatlichen Gebilden zur Schwächung der Nachbarn einzusetzen und den eigenen Machtbereich auszuweiten (Südostetien, Abchasien, Transnistrien) führen zur Bildung der „Volkrepubliken“ Donezk und Luhansk. Das Ziel der Unabhängigkeit von der Ukraine wird von Russland offen betrieben, das sich gleichzeitig als am Konflikt nicht beteiligt erklärt.

Seit 2014 herrscht ein andauernder Krieg um die Souveränität der Ukraine über das eigene Staatsgebiet, dem Tausende von ukrainischen Soldaten und Zivilisten zum Opfer gefallen sind.

### Neurussland

Im Zusammenhang mit der Abtrennung von Donezk und Luhansk von der Ukraine wurde immer wieder der Begriff Neurussland benutzt (auch von Putin).

Das vom Zarenreich Ende des 17. Jahrhunderts eroberte Gebiet im Osten und Süden der heutigen Ukraine, das Neurussland genannt wurde, war dünn besiedelt. Es wurde an russische Adelige verteilt, die Kolonisten aus West- und Südosteuropa ins Land riefen. Diese „Zuwanderung“ erhöhte die durch wechselnde Herrschaft schon bestehende multiethnische, kulturelle und sprachliche Vielfalt in der späteren Ukraine.

Die Angliederung Neurusslands an das Zarenreich war ein kolonialer Akt, der gleichzeitig mit der Gründung vieler Städte und Häfen (darunter Sewastopol und Odessa) den Zugriff Moskaus auf das Schwarze Meer absicherte. In der Nach-Revolutionszeit waren die Gebiete wechselnden Einflüssen und Administrationen unterworfen, in der Konsolidierungsphase der UdSSR wurde die Ukraine in der heutigen Form gebildet und der Begriff Neurussland nicht mehr verwendet. Bis 1954 wurde die Krim von der RSSF verwaltet.

Als Putin 2014 den Begriff Neurussland benutzte, war damit ein Anspruch verbunden, der sich in den Kriegszielen 2022 erneut abzeichnet: die Gebiete im Osten und Süden der Ukraine Russland anzugliedern, dadurch die Ukraine vom Schwarzen Meer abzuschneiden und im Staatsgebiet auf wirtschaftlich schwache Bereiche zu reduzieren.

### **Finnlandisierung**

Der Begriff Finnlandisierung taucht in der Debatte um die Zukunft der Ukraine wieder aus dem politischen Dämmer Schlaf auf. Er spielte in der politischen Sprache der Bundesrepublik in der Debatte um die Zukunft eines wiedervereinigten Deutschland eine Rolle. Gemeint ist die Neutralität eines Landes, das wegen seiner Abhängigkeit oder Nachbarschaft zu einem mächtigen Land sein Verhalten ganz auf die zu erwartenden Reaktionen seines Nachbarn ausrichten muss, um selbst keine Nachteile zu erfahren. Finnland ist der Namensgeber dieses politischen Topos, weil es nach zwei verlorenen Kriegen mit Russland große Gebietsverluste hinnehmen und äußerste Vorsicht im Verhältnis mit der Sowjetunion praktizieren musste. Die in Wirklichkeit erzwungene Neutralität geht in diesem Fall einher mit der Notwendigkeit, eine Politik zu betreiben, die den Interessen des Nachbarn den Vorrang gibt gegenüber dem Willen der Bürger nach Unabhängigkeit, Mitbestimmung und Demokratie. Im Zusammenhang mit der Ukraine hieße dann Finnlandisierung: Gebietsverluste mit eingeschränkter Souveränität, Neutralität im Sinne ängstlicher Anpassung an die Erwartungen Russlands und die Aufgabe eigenständiger Entwicklungsziele für Demokratie, Wirtschaft und Bündniswahl.

### **NATO-Beitritt**

Seit der Unabhängigkeit der Ukraine 1991 war die Frage eines Beitritts des Landes zur NATO immer umstritten. Dabei waren der Osten und Süden des Landes meist gegen, der Westen des Landes für den Beitritt. Die Debatte spiegelte auch die ethnischen Zugehörigkeiten der Bevölkerungen (Ostukraine) und die Nähe zu russischen Einflüssen (Schwarz-

meer-Flotte) wieder. Die Zusammenarbeit mit der NATO entwickelte sich auf vertraglicher Basis und mündete 2008 in eine „grundsätzliche Beitrittsperspektive“. Innerhalb des westlichen Bündnisses führte dies zu vielen warnenden Stimmen (Merkel, Sarkozy), Russland sprach sich gegen die Aufnahme aus. Das Thema war bei ukrainischen Wahlen von Bedeutung. Ab 2010 wurden sowohl ein NATO-Beitritt wie eine „Blockfreiheit“ im ukrainischen Parlament diskutiert. Mit Zunahme des Konfliktes mit Russland 2014 verstärkte sich der Wunsch von Politik und Bevölkerung nach einem Schutz durch die NATO. Der Konflikt machte gleichzeitig einen NATO-Beitritt unmöglich. 2019 nahm die Ukraine das Ziel der Mitgliedschaft in EU und NATO in die Verfassung als Staatsziel auf. Die Ukraine beteiligte sich an NATO-geführten Operationen (Afghanistan, Kosovo) und erhielt dadurch einen besonderen Status. Danach wurde die Ukraine in einem individuellen Partnerschaftsaktionsplan unterstützt. Nach Beginn des Krieges 2022 wurde die strikte Position des NATO-Beitritts von der ukrainischen Regierung gegenüber Russland nicht beibehalten. Westliche Regierungschefs (u.a. Scholz) erklärten gegenüber Russland, ein Beitritt stünde nicht auf der Tagesordnung. Russland nahm trotzdem einen geplanten Beitritt der Ukraine als einen der Gründe für den Angriff auf das Nachbarland auf. Ziel sei die Wiederherstellung des Zustandes von 1997.



## Auslands-gesellschaft ist ...

Seit 1949 setzt sich die Auslands-gesellschaft für „Völkerverständigung im Geiste von Humanität und Toleranz“ ein. Zu ihren Aufgaben gehören:

### **Internationaler Austausch, Studien- und Sprachreisen in alle Kontinente**

In die Welt führen die politisch ausgerichteten Studien- und Bildungsreisen. Unser Ziel: Mit Menschen vor Ort ins Gespräch zu kommen und andere Lebensverhältnisse und Sichtweisen kennen lernen.

### **Veranstaltungen zu politischen und kulturellen Themen**

In vielfältigen Formen bieten wir die Möglichkeit, gesellschaftlich relevantes Wissen zu erwerben. Unsere Veranstaltungen fördern das Verständnis für politische und kulturelle Zusammenhänge und unterstützen die Fähigkeit, selbstständig zu urteilen.

Unsere Angebote bieten die Chance, bei der Gestaltung der Zivil-gesellschaft mitzuwirken. Dabei verstehen wir uns als Vermittler gesellschaftlicher Lern- und Verarbeitungsprozesse.

### **Sprachen**

Neben Kursen in Deutsch als Fremdsprache (DaF) in Intensiv- und Integrationskursen bieten wir 25 Fremdsprachen von Arabisch – Ungarisch. Wir richten uns dabei sowohl an Schülerinnen und Schüler als auch an Erwachsene, die die Kurse für den privaten oder geschäftlichen Gebrauch nutzen. Wir bieten auch prüfungsvorbereitende Kurse.

**Info: 0231 . 838 00 91**  
**info@auslands-gesellschaft.de**



